



**Sonderbericht zu
Verschwörungsmychen
und „Corona-
Protestlern“**

Inhalt

1. Einleitung.....	3
1.1 Definition eines „Corona-Protestlers“	3
1.2 Definition „Delegitimierung des Staates“	6
1.3 Gesetzliche Grundlagen.....	7
2. Darstellung der Verschwörungsmithiker und „Corona-Protestler“-Szene	8
2.1 Typische Narrative und Begründungsmuster.....	8
2.2 Entwicklung der Szene(n)	10
2.3 Typisierung, Mobilisierungsfähigkeit und Entwicklung des Personenpotenzials.....	10
2.4 Herausragende Organisationen	17
2.5 Aktionsformen.....	18
2.6 Plattformen	21
2.7 Finanzierungsstrategien im „Corona-Protest“-Spektrum	23
2.8 Proteste gegen Anti-Corona-Maßnahmen im polizeilichen Fokus.....	24
3. Bezüge in bestehende extremistische Bereiche.....	34
3.1 Rechtsextremismus	34
3.2 Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“	58
3.3 Linksextremismus.....	70
3.4 Auslandsbezogener Extremismus.....	77
3.5 Islamismus	81
4. Abschluss	83
4.1 Bewertung der aktuellen Strukturen und der kommunizierten Inhalte	83
4.2 Präventive Möglichkeiten und Maßnahmen.....	85
4.3 Ausblick und Prognose	89
Impressum.....	92

1. Einleitung

1.1 Definition eines „Corona-Protestlers“

Allgemeine Situation

Die Corona-Pandemie und die zu ihrer Überwindung getroffenen Maßnahmen sind nach wie vor mit außerordentlichen Auswirkungen auf das politische, gesellschaftliche und ökonomische Leben in Deutschland verbunden. Die Debatte über Reichweite, Umfang und Zweckdienlichkeit ist nach wie vor mit Fragen von Verhältnismäßigkeit und Legitimität verknüpft. Jedoch hat sich der inhaltliche Fokus mittlerweile verlagert. Standen bis in das Frühjahr 2021 generelle Lockdowns im Zentrum der Auseinandersetzung, so ist seither die Frage nach der Rechtfertigung einer vermeintlichen Diskriminierung Ungeimpfter beziehungsweise einer Impfpflicht im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Diskurses.

Diese Schwerpunktverlagerung zeigte sich ebenfalls hinsichtlich der Szene der Corona-Protestierenden, weshalb begriffliche Unterscheidungen notwendig sind. Das spiegelt sich in dem Titel des Arbeitsberichtes wider. Während insbesondere im Jahr 2020 die Leugnung der Pandemie im Mittelpunkt des Protestgeschehens stand, rückt nun der – aus unterschiedlichen Motivlagen gespeiste – Widerspruch gegen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie im zentralen Fokus. Der Titel wurde dementsprechend geändert.

Der vorliegende Bericht ist nicht nur eine Fortschreibung des Sonderberichtes zu Verschwörungsmethoden und „Corona-Leugnern“, sondern soll auch die Entwicklungen in der Protestszene mit Blick auf verfassungsschutzrelevante Aspekte für die gesellschaftliche Debatte aufbereiten. Wie im Jahr 2021 fließen hier ebenfalls Erkenntnisse des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen und des Bundesamtes für Verfassungsschutz mit ein. Die mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine ausgelöste Dynamik innerhalb der Corona-Protestszene kann zum Redaktionsschluss noch nicht abschließend bewertet werden.

Definitionsansätze

Die im ersten Sonderbericht aufgestellten Definitionen haben sich bewährt und sollen beibehalten werden. So gilt als ein „Kritiker des Regierungshandelns“, wer Kritik in Sachfragen äußert und nicht per se die Gesellschaft in ihrer Verfasstheit als demokratischer Rechtsstaat überwinden will.

Ebenfalls bleibt die Definition eines „Corona-Leugners“ unverändert: jemand, der die Existenz der Corona-Pandemie grundlegend in Abrede stellt. Neu definiert werden soll die Gruppe der „Impfgegner“. Hierzu wird gezählt, wer die Notwendigkeit beziehungsweise Wirksamkeit der Corona-Schutzimpfungen in Frage stellt beziehungsweise ablehnt.

Weiterhin gilt es zu beachten, dass alleine aus dem Bestreiten der Pandemie beziehungsweise ihrer Auswirkungen und der damit verbundenen Ablehnung von Eindämmungsmaßnahmen oder der Infragestellung einer Impfnotwendigkeit keine Verfassungsfeindlichkeit resultiert. Das ist erst dann der Fall, wenn die Legitimität der Verfassung und ihrer Institutionen bezweifelt und zu ihrer Überwindung aufgerufen oder zu diesem Zweck sogar aktiv gehandelt wird.

Diese Differenzierung dient auch der Vermeidung einer pauschalisierenden Bewertung. Es ist aus Sicht des Verfassungsschutzes erforderlich, auf die Instrumentalisierungspotenziale hinzuweisen, aber gleichzeitig auch die Unterschiede zwischen den Personengruppen „Kritiker“, „Impfgegner“ und „Corona-Leugner“ aufzuzeigen. Als übergeordnete Gruppe soll der Begriff „Corona-Protestler“ verwendet werden.

So gibt es innerhalb der „Corona-Protestler“-Szene verfassungsfeindliche Teile, die versuchen, die bestehenden Zweifel als Brückenthema für ihre eigenen politischen Ziele zu nutzen. Letzteres entspricht der seit längerem vom Verfassungsschutz beobachteten Strategie der Entgrenzung in den extremistischen Szenen. Ziel einer solchen Entgrenzung ist der Versuch extremistischer Akteure und Organisationen, über gesellschaftliche Konflikte und Krisen mit den eigenen Themen und Botschaften Anschluss an bislang nicht extremistische Teile der Gesellschaft zu gewinnen, um extremistischen Positionen und Zielvorstellungen Akzeptanz zu verschaffen – verbunden mit der Absicht, diese politisch gestaltungswirksam werden zu lassen.

Rolle des Verfassungsschutzes

Die Rolle des Verfassungsschutzes ist es in diesem Kontext nicht, Kritik am Regierungshandeln zu beobachten oder zu kriminalisieren. Die Befassung mit den Protesten in Folge der Corona-Pandemie ist vielmehr darin begründet, dass die kritischen Diskurse in Teilen der Protestbewegung der Ursprung für eine demokratiefeindliche Systemkritik geworden sind. Beobachtungswürdig im Sinne des Verfassungsschutzes sind demzufolge die Bereiche der „Corona-Protestler“-Szene, die verfassungsfeindliche Elemente aufweisen und die ein Ende beziehungsweise einen radikalen Umsturz des bestehenden Rechtsstaates verlangen.

Wenn aus der Kritik an den Rechtsgrundlagen und der Verhältnismäßigkeit von Corona-Schutzverordnungen sowie der Impfkampagnen die Forderung nach einer Überwindung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wird, wenn die öffentliche Sicherheit durch das gezielte Verbreiten von Desinformationen und Verschwörungsmmythen gefährdet wird und das Potenzial einer Unterwanderung durch politische Extremisten oder ein neuer Extremismus absehbar entsteht, dann ist der Verfassungsschutz als Frühwarnsystem einer wehrhaften Demokratie gefordert.

Im Zuge der Corona-Proteste haben sich diese Entwicklungen vollzogen, die in der Entstehung eines neuen Extremismus, der „demokratiefeindlichen und/oder sicherheitsgefährdenden Delegitimierung des Staates“ kulminiert sind. Dabei ist auch die Bedeutung von Desinformationskampagnen ausländischer Akteure mit in den Blick zu nehmen.

1.2 Definition „Delegitimierung des Staates“

Im Zuge des Corona-Protstgeschehens hat sich ein neues Feld von Personengruppen gebildet, das in seiner Zusammensetzung außerordentlich heterogen ist. Ausgangspunkt war eine Kritik an den Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie beziehungsweise die Infragestellung der Pandemie als solche.

In Teilen der Protestbewegung vollzog sich jedoch ein Übergang von Sachfragen zur Systemfrage. Genauer gesagt bildete die Sachkritik nur den Anlass für eine grundsätzliche Kritik an der Verfasstheit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, die es zu überwinden gälte.

Eine besondere Rolle spielen hierbei Desinformationen und Verschwörungsmythen, die vielfach eine katalysierende Wirkung bei Radikalisierungsverläufen haben. Neben den bereits beschriebenen Entgrenzungsstrategien kommt dabei der Digitalisierung eine entscheidende Bedeutung hinsichtlich der Reichweitensteigerung zu.

Da sich die demokratiefeindliche Delegitimierung des Staates in Form einer ständigen Agitation gegen Repräsentanten und Verantwortungsträger sowie die getroffenen Entscheidungen nicht eindeutig einem bereits bestehenden ideologischen Extremismus zuordnen lässt, wurde eine neue Kategorie geschaffen.

Kennzeichnend sind folgende Aspekte:

- Agitatorische Verächtlichmachung ohne Sachbezug gegen den Staat und seine Repräsentanten und deren demokratisch legitimierte Entscheidungen, beispielsweise Gleichsetzungen mit Diktaturen wie dem NS- oder DDR-Regime. Hierzu zählen ebenfalls Gewalt- und Morddrohungen.
- Blockade- und Sabotageaktionen gegen staatliche Einrichtungen sowie lebenswichtige Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen mit möglichen erheblichen Beeinträchtigungen der Funktionsfähigkeit von Bund und Ländern.
- Bezug auf und Verbreitung von Verschwörungsmythen, mit dem Ziel, den Staat durch eine Elitenfeindlichkeit oder ein Freund-Feind-Denken als illegitime Organisation darzustellen.

Ein geschlossenes ideologisches Weltbild konnte bislang noch nicht festgestellt werden. Vielmehr kommen Bezugnahmen auf Elemente bereits bestehender extremistischer Ideologien vor; diese werden den eigenen Bedürfnissen angepasst. Ebenfalls konnte bislang keine konkrete (oder gar konsensfähige) Beschreibung eines angestrebten gesellschaftlichen Zustandes nach einem erfolgten Systemwechsel erkannt werden.

1.3 Gesetzliche Grundlagen

Der Verfassungsschutzverbund hat im April 2021 einen neuen Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ eingerichtet.

Innerhalb dieses Bereichs wurde ein bundesweites Sammelbeobachtungsobjekt „Demokratiefeindliche und/oder sicherheitsgefährdende Delegitimierung des Staates“ eingerichtet. In Nordrhein-Westfalen werden solche Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 1. Alt. (Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung) und 3. Alt. (Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes) in Verbindung mit Abs. 5 lit. b) und c) Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (VSG NRW) erfasst.

2. Darstellung der Verschwörungsmythiker und „Corona-Protestler“-Szene ¹

2.1 Typische Narrative und Begründungsmuster

Die im Verlauf des Jahres 2021 erfolgte inhaltliche Schwerpunktverlagerung der gesellschaftlichen Debatte zum Umgang mit der Corona-Pandemie hat sich auch in den Narrativen der Verschwörungsmythiker und „Corona-Protestler“ niedergeschlagen. Zum einen ist die Zahl derer, die an Corona-Verschwörungen glauben, gesunken: von ca. 15 Prozent im Jahr 2020 auf ca. 9 Prozent im Jahr 2021². Dies kann als Beweis für die Wirksamkeit der öffentlichen Thematisierung von Verschwörungsmythiken angesehen werden. Zum anderen zeigt sich jedoch ein Zusammenhang mit der Ablehnung der Corona-Schutzimpfung und der Empfänglichkeit für Verschwörungsnarrative. Ebenfalls besteht ein Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in Institutionen und der Resistenz gegenüber Verschwörungsmythiken.

Gleichzeitig besteht ein gestiegener Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit. Laut dem Edelman Trust Barometer haben im Mai 2020 in Deutschland 64 Prozent der Regierung vertraut, dieses Jahr sind es nur noch 47 Prozent. Die Medien haben einen Vertrauensverlust um 5 Prozent erlebt und sind jetzt bei ebenfalls 47 Prozent. Bemerkenswert ist der Rückgang bei den sozialen Medien, hier fiel die Rate von 31 Prozent auf 20 Prozent. Die Verwendung von Desinformationen als Waffe macht 67 Prozent große Sorge, diese Zahl ist um 4 Prozent gestiegen³. Dem entspricht das Ergebnis des D21-Digital-Index 2021/2022, wonach nur 56 Prozent sich zutrauen, Desinformationen im Internet zu erkennen. 28 Prozent sehen in Digitalisierung eine Gefahr für die Demokratie.⁴

Deutlich zeigt sich die Korrelation gesellschaftlicher Entwicklungen und der Entwicklung sowie Verbreitung von Verschwörungsnarrativen. Aufgrund der Impfkampagnen wurden zahlreiche Einschränkungen im öffentlichen Leben für Geimpfte zurückgenommen beziehungsweise gelockert werden. Ungeimpfte sahen sich zum Teil einer aus ihrer Sicht ungerechtfertigten Diskriminierung ausgesetzt.

¹ Dieses Kapitel beinhaltet Erkenntnisse des Landeskriminalamtes (LKA) Nordrhein-Westfalen und des Bundesamtes für Verfassungsschutz, die für diesen Bericht zur Verfügung gestellt wurden. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz steht mit den anderen Sicherheitsbehörden in kontinuierlichem, standardisiertem Austausch. Dieser findet unter der Beachtung des Trennungsgebotes statt.

² vgl. Spöri, Tobias; Eichhorn, Jan: Wer glaubt (nicht mehr) an Corona-Verschwörungsmythiken? Eine Analyse der Verbreitung derartiger Mythiken in Deutschland 2020-2021: https://dpart.org/wp-content/uploads/2021/11/Wer-glaubt-nicht-mehr-an-Corona-Verschwoerungsmythiken_final.pdf (letzter Zugriff: 28.02.2022)

³ https://www.edelman.de/sites/g/files/aatuss401/files/2022-02/2022%20Edelman%20Trust%20Barometer_Germany%20Report_k.pdf (letzter Zugriff: 28.02.2022)

⁴ vgl. https://initiated21.de/app/uploads/2022/02/d21-digital-index-2021_2022.pdf#page=42 (letzter Zugriff: 28.02.2022)

Das im Frühjahr 2021 zum Erliegen gekommene Protestgeschehen erfuhr durch die Debatte um die mögliche Impfpflicht neuen Auftrieb und impfskeptische Narrative wurden wesentlicher Bestandteil von Weiterentwicklungen der Verschwörungsmythen.⁵

Die propagandistische Überhöhung der Diskussionsvorschläge zur Verknüpfung von Zugangsrechten mit dem Impfstatus zu einer sogenannten „Impfapartheid“ erwies sich als Brandbeschleuniger im Diskurs um Desinformationen. Schnell war die Rede von Vergünstigungen für so bezeichnete Systemanhänger und die Ablehnung der Impfung wurde als Akt des Widerstandes gegen ein vermeintlich unterdrückerisches „Impfregime“ hochstilisiert.

Die bereits in den vergangenen Jahren beobachtete Gleichsetzung der politischen Entscheidungen zur Eindämmung der Pandemie mit dem Nationalsozialismus und Holocaustrelativierungen konnten weiterhin festgestellt werden.

Neben der Infragestellung der Wirksamkeit und dem Unterstellen ökonomischer Interessen vermeintlicher jüdischer Eliten und Pharmakonzerne ergaben sich Anschlussfähigkeiten an das Narrativ des sogenannten „Great Reset“. Die Behauptung, durch die Impfkampagne solle die Bevölkerungszahl verringert werden, bietet einen Anknüpfungspunkt an die Erzählung des großen Austausches.

Ebenfalls kursierten Desinformationen über vermeintliche Impfschäden – mit Todeswirkung oder der Bedrohung der körperlichen Integrität durch die mRNA-Impfstoffe. Beispielhaft für die bewusste Falschinterpretation von realweltlichen Ereignissen ist der diesjährige Fall eines Spielabbruchs in der Fußball-Kreisliga C. Das Spiel musste wegen Kreislaufproblemen der Spieler vorzeitig beendet werden. In den Kanälen der verschwörungsmotivierten Impfgegner wurde dies als Folge der Impfungen dargestellt – belastbare Anhaltspunkte zu dieser These lagen nicht vor.

Eine Anschlussfähigkeit zu den Kindesmissbrauchsnarrativen des QAnon-Mythos boten Nachrichten über die vorgebliche und vorsätzliche Tötung von Embryos zur Impfstoffgewinnung. Der QAnon-Mythos hat zwar gegenwärtig an Relevanz als Mobilisierungsnarrativ verloren, jedoch besitzt er nach wie vor ein

⁵ vgl. Winter, Hannah; Gerster, Lea; Helmer, Joshua; Baaken, Till: Überdosis Desinformation: die Vertrauenskrise. Impfskepsis und Impfgegnerschaft in der COVID-19-Pandemie, Beirut, Berlin, London, Paris, Washington D.C. 2021: <https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2021/05/Impfskepsis-und-Impfgegnerschaft-in-der-COVID-19-Pandemie-1.pdf> (letzter Zugriff: 28.02.2022)

Aktualisierungspotenzial, auch mit Blick auf neue gesellschaftliche Krisen- und Konfliktsituationen. Nicht zuletzt die auf „Mitmachen“ und „Teil sein von“ hin angelegte Struktur bietet Manipulationsmöglichkeiten durch Extremisten. Also dem Schaffen einer eigenen Realität durch das selbst Zusammensetzen vermeintlicher „Puzzleteile“ zu einem imaginierten „größeren Ganzen“. Zudem handelt es sich hierbei um eine Blaupause für künftige verschwörungsmythische Narrative und Entgrenzungsstrategien.

2.2 Entwicklung der Szene(n)

Einer im Februar 2022 veröffentlichten Umfrage der Tageszeitungen in Nordrhein-Westfalen zufolge sehen knapp Dreiviertel der Bevölkerung die Gegner von Impfungen und der Corona-Schutzmaßnahmen als kleine Minderheit an und haben kein Verständnis für Impfverweigerungen. Die dadurch zum Ausdruck kommende Polarisierung und ihre gesellschaftlichen Folgen werden von der Bevölkerung als längerfristig anhaltend eingeschätzt. Nur 34 Prozent glauben an eine Versöhnung zwischen Gegnern und Befürwortern. Aus Sicht des Verfassungsschutzes spiegelt sich in diesen Umfrageergebnissen die Entwicklung des Demonstrationsgeschehens auf den Straßen und der Radikalisierung in den sozialen Netzwerken wider.

2.3 Typisierung, Mobilisierungsfähigkeit und Entwicklung des Personenpotenzials

Typisierung

Die am 16. Dezember 2020 veröffentlichte wissenschaftliche Studie „Politische Soziologie der Corona-Proteste“⁶ der Universität Basel klassifiziert fünf soziologische Prototypen für Protagonisten aus dem „Corona-Protestler“-Milieu, die innerhalb der Szene jeweils bestimmte Rollen ausfüllen. Auch wenn die Ergebnisse der wissenschaftlichen Studie lediglich als Annäherung an eine Beschreibung des „Corona-Protestler“-Milieus dienen, ist die Klassifizierung dennoch hilfreich für die Analyse und besitzt weiterhin Gültigkeit.

⁶ Vgl. <https://soziologie.philhist.unibas.ch/de/forschung/forschungsprojekte/politische-soziologie-der-corona-proteste/>

Typ 1: „Alternative Medienschaffende“

Eine nicht unerhebliche Gruppe von Influencern nutzt soziale Netzwerke, um dort gezielt verschwörungsmythische Narrative zu verbreiten, die ein breites, szenübergreifendes Publikum erreichen. Teilweise gelang es diesen Akteuren, nach Ausbruch der Pandemie ihre Reichweite erheblich zu vergrößern.

Typ 2: „Alternative Autoritäre“

Darunter sind Wissenschaftler, Ärzte oder Juristen zu verstehen, die in ihrer jeweiligen Disziplin Außenseiterpositionen vertreten und alternative Medien nutzen, um mit ihren Positionen öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen. Dabei treten Einzelpersonen ebenso wie themengeleitete Zusammenschlüsse und Vereine in Erscheinung. Wissenschaftliche Außenseiter können in den sozialen Medien eine hohe Reichweite erzielen sowie zu einer gesteigerten Mobilisierungsfähigkeit innerhalb des „Corona-Protestler“-Milieus beitragen. Insbesondere Ärzten kommt dabei eine besondere Rolle zuteil, da sie Vertrauens- und Überzeugungspersonen sind.

Typ 3: „Protestbeweger“

Diese Akteure tragen den Protest aus dem virtuellen Raum heraus auf die Straße, darunter befinden sich zum Beispiel Anmelder und Organisatoren von Protestversammlungen.

Typ 4: „Mitläufer“

Nachdem Protestversammlungen eine hohe mediale und öffentliche Resonanz erzeugten, schließt sich der Typus „Mitläufer“ an. Der „Mitläufer“ erkennt für sich ideologische Anknüpfungspunkte in der pauschalisierenden Kritik an zentralen gesellschaftlichen Institutionen, in Verschwörungsmmythen oder in dem Glauben an starke Autoritäten, die auf ihn erlösend wirken können. Mitläufer treten weder als Initiatoren, noch als Motor von Protesten in Erscheinung.

Typ 5: „Brandstifter“

Dieser Personentypus nimmt innerhalb der Bewegung eine zentrale polemisierende Funktion ein und fungiert als Provokateur, sowohl im virtuellen als auch im realweltlichen Bereich. Auch trägt sein Agieren zu einer zunehmenden Radikalisierung der Bewegung bei, was letztendlich in der Begehung von Straftaten münden könnte.

Mobilisierungsfähigkeit

Die steigenden Inzidenzzahlen veranlassten die Bundesregierung ab Frühjahr 2020 erstmals dazu, einen Lockdown zu verhängen. Der ab dem 22. März 2020 in Kraft getretene Lockdown war mit zahlreichen gesellschaftlichen Einschränkungen im öffentlichen Leben verbunden und endete sieben Wochen später am 4. März 2020. Diese pandemische Schutzmaßnahme entfaltete eine erhebliche Mobilisierungskraft innerhalb des Protestmilieus, die bis in das Jahr 2022 hineinreicht. Bisher konnten bei der Entwicklung des landesübergreifenden Protests fünf „Wellen“ identifiziert werden.

Die erste Protestwelle erreichte Mitte Mai 2020 ihren Höhepunkt und flaute Anfang Juni 2020 wieder ab. Mit Aufkommen von Großdemonstrationen im Sommer 2020 setzte die zweite Phase der Mobilisierung ein. Im Spätherbst 2020 löste der erneute Lockdown die dritte Welle an Protesten aus. Die vierte Welle konnte im Frühjahr 2021 festgestellt werden, die zum Sommer 2021 hin allerdings deutlich abflachte. Erst mit steigenden Inzidenzzahlen ab Herbst 2021 stieg auch das Protestgeschehen wieder signifikant an. Zwischen steigenden Inzidenzzahlen und aufkommendem Protestgeschehen scheint eine positive Korrelation vorhanden zu sein. Zum Ende des Jahres 2021 konnte in der 52. Kalenderwoche mit knapp 30.000 Teilnehmenden an Versammlungen in Nordrhein-Westfalen ein Jahreshöchststand ermittelt werden. Auch im Jahr 2022 hielten die Proteste weiter an. In der 4. Kalenderwoche 2022 wurde mit über 53.000 Teilnehmenden der bisherige absolute Höchststand ermittelt. Anschließend scheint das Mobilisierungspotenzial an seine Grenzen gestoßen zu sein, denn seitdem sind die Teilnehmerzahlen rückläufig, halten sich teilweise aber auf einem hohen Niveau.

Entwicklung des Personenpotenzials

Bei den Demonstrationsteilnehmern handelt es sich um ein zersplittertes, fragmentiertes, disparates Protestmilieu, das von „Corona-Leugnern“, Impfverweigerern, Verschwörungsmythikern, Esoterikern, rechts- und linksextremistischen Personen, Reichsbürgern bis hin zu Personen aus der bürgerlichen Mitte reicht, mit einer teils widersprüchlichen politischen und/oder gesellschaftlichen Agenda. Häufig ist das verbindende Element die vollständige Ablehnung sämtlicher staatlicher Corona-Schutzmaßnahmen, die als nicht verhältnismäßig, freiheitsberaubend/-einschränkend bis hin zu „diktatorisch“ (sinnbildlich hierfür ist die Verwendung des Slogans „Friede, Freiheit, keine Diktatur!“ auf diversen Protestveranstaltungen) subjektiv wahrgenommen werden. Vielfach können die an Protestversammlungen teilnehmenden Personen keinem definierten extremistischen Phänomenbereich zugeordnet werden. Stattdessen vereinen sie ideologische Versatzstücke und Narrative mehrerer Phänomenbereiche. Dadurch entstehen subjektive Wahrnehmungen, die aus unterschiedlichen ideologischen Fragmenten bestehen, die in Teilen sogar widersprüchlich sind und kein kohärentes Weltbild ergeben.

Ein Teil des Personenpotenzials misstraut staatlichen Institutionen oder dem Staat, den etablierten Medien sowie den politischen Volksparteien. Wiederum andere sind geprägt von einer anthroposophischen und alternativen Einstellung oder sind Anhänger von Verschwörungsmythen. Weiterhin nehmen auch rechtsextremistische Parteien, Vereine und Einzelpersonen, wie zum Beispiel die „NPD“, „Die Rechte“, „Der III. Weg“, „Aufbruch Leverkusen e. V.“, die „Identitäre Bewegung“, oder die den Staat delegitimierenden, verfassungsfeindlichen Organisationen, wie zum Beispiel die „Corona Rebellen Düsseldorf“ oder regionale „Querdenker-Bewegungen“ sowie dem Reichsbürgerspektrum zugeordnete Organisationen wie zum Beispiel die sogenannte „S.H.A.E.F.-Anhängerschaft“ am Protestgeschehen teil oder rufen zur Teilnahme auf.

Das Protestmilieu kann anhand eines Schaubildes in Form einer Pyramide veranschaulicht und erklärt werden. Dabei gliedert sich das relevante Personenpotenzial in fünf Stufen, die sich hinsichtlich Radikalisierung und Demokratiefeindlichkeit nach oben hin zuspitzen. Damit soll verdeutlicht werden,

dass eine demokratiefeindliche und delegitimierende Einstellung mit dem individuellen Engagement innerhalb des Protestgeschehens zunimmt: Während im Fundament eine grundsätzliche Ablehnung der Corona-Maßnahmen sowie eine Impfskepsis vertreten werden, werden an der Spitze der Pyramide vermehrt auch unangemeldete Proteste organisiert und es werden zum Teil Straftaten begangen.

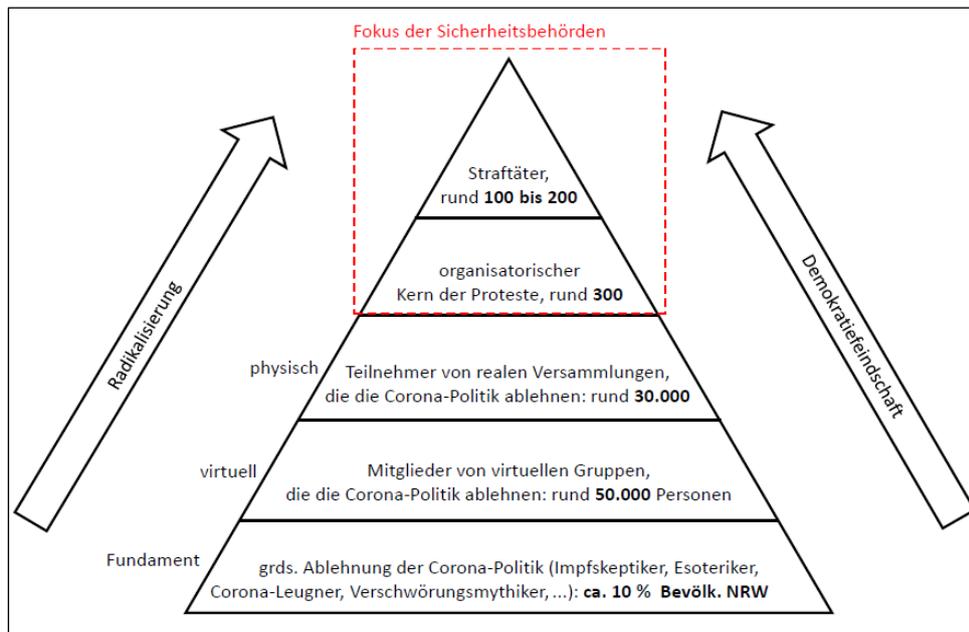


Schaubild: Veranschaulichung Corona-Protestmilieu

Diese Personen stehen maßgeblich im Fokus der Sicherheitsbehörden.

Von einem Teil des Protestmilieus wird das individuelle Agieren als Kampf gegen das etablierte gesellschaftspolitische System angesehen, wobei die pandemische Lage als Katalysator verstanden werden kann, der die bisherige mannigfaltige Unzufriedenheit bei einem Teil der Bevölkerung verstärkt hat.

Trotz des disparaten, heterogenen Protestmilieus können zusammenfassend folgende gesellschaftlich verbindenden Elemente klassifiziert werden:

- Der Glaube an Verschwörungsmythiken und eine darauf aufbauende Realität. Kennzeichnend hierfür ist zum Beispiel die dichotome Einteilung der Welt in scheinbar „Wissende und Eliten“, wonach politische Entscheidungsprozesse und gesellschaftliche Entwicklungen durch eine „verborgene Macht“ (zum Beispiel sogenannter „Deep State“-Glaube) gelenkt werden. Häufig werden antisemitische Narrative als Erklärungsgrundlage herangezogen („geheime jüdische Weltverschwörung“).

- Ein starker Bezug zu rechter Esoterik und einer anthroposophischen Wirklichkeitsdarstellung mit einem Hang zur Mystik und der Vorstellung, über „alternatives Wissen“ zu verfügen. Anhänger sind gegenüber empirisch-analytischer Wissenschaft skeptisch bis feindlich eingestellt.
- Eine grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber der Moderne und die Berufung auf eine konstruierte natürliche Lebensweise.
- Ein Widerstands- und Opfernarrativ gegenüber dem Staat: Das „nicht-souveräne Volk“ kämpft gegen eine vermeintliche Diktatur.

Vereinzelt wird die Pandemiesituation mit Endzeitszenarien verglichen. Akteure sehen sich in einem „Endkampf“ um die vermeintliche Freiheit der Menschen und vor allem ihrer Kinder in Deutschland und der gesamten Welt. Einige Teile der „Corona-Protestler“-Szene scheinen die Protestsituation „spannend und aufregend“ zu finden und wännen sich in jener Lage, auf die sie sich schon seit Jahren vorbereiten (hier ähnliche Denkmuster wie in der sogenannten Prepper-Szene), und wiederum andere finden die Protestsituation mit der daraus resultierenden Gruppendynamik anziehend („Demo-Tourismus“, Empörungs-/Widerstandskultur, „Wir-Gefühl“ gegen „die da oben“). Bewegten sich Anhänger von Verschwörungsmaythen fast ausschließlich in der digitalen Welt in einer Parallelrealität, fiel es ihnen nach Ausbruch der pandemischen Lage leichter, realweltliche Kontakte zu Gleichgesinnten, zum Beispiel bei Protestversammlungen aufzubauen. Somit konnten aus der ursprünglich digitalen Umgebung realweltliche Netzwerke entstehen.

Durch eine veränderte Form des Demonstrationsgeschehens und die Aufnahme weiterer, vordergründig nicht im Zusammenhang mit Corona stehenden sogenannten Brückenthemen, wie zum Beispiel Kritik am bestehenden demokratischen Mehrparteiensystem, Kampf gegen Korruption, Kapitalismuskritik oder Kritik am Rundfunkbeitrag zur Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, sollen Anreize für die Teilnahme aus dem bürgerlichen Milieu geschaffen werden. Die Corona-Schutzmaßnahmen werden als freiheitseinschränkende Maßnahmen wahrgenommen, was einen Schulterschluss zwischen radikalen Systemgegnern und bürgerlichen Gruppierungen fördert. Dabei sind insbesondere die sogenannten Brückenthemen das verbindende Element. Insbesondere rechtsextremistische Organisationen und Einzelpersonen versuchen, die Pandemiesituation für sich zu

nutzen. Sie tarnen ihre verfassungsfeindlichen Botschaften etwa in Form von Kapitalismuskritik und wenden Verschleierungstaktiken an, um für einen Teil der Gesellschaft anschlussfähig zu werden. Dies kann als Fortsetzung der Entgrenzung bezeichnet werden.



Beispiel der Mimikry-Taktik der Revolte Rheinland auf der Protestversammlung am 18.12.2021 in Düsseldorf

Beispielsweise führten auf der Protestversammlung am 18. Dezember 2021 in Düsseldorf Anhänger der „Revolte Rheinland“, eine Nachfolgegruppierung der Identitären Bewegung, ein Banner mit dem Slogan: „Brecht die Macht der Pharma-Grosskonzerne!“.

Vermeehrt zeigte sich im Verlauf der anhaltenden Proteste die Zunahme verbalaggressiven Verhaltens. In Teilen des Protestmilieus wurden Bedrohungen gegen vermeintliche Gegner geäußert und vielfach in digitalen Echoräumen verbreitet, wie zum Beispiel gegen Politikerinnen und Politiker, Journalistinnen und Journalisten sowie gegen die „etablierten Medien“ und Vertreter aus Wissenschaft und Wirtschaft. Insbesondere Politikerinnen und Politiker werden immer wieder eingeschüchtert und bedrängt. Dies reicht von unangemeldeten Protesten vor Wohnanschriften bis hin zu verschiedenen digitalen und realweltlichen Drohschreiben an Partei- und/oder Wahlkreisbüros. Eine deutlich grenzüberschreitende Entwicklung im Protestgeschehen ereignete sich am 3. Januar 2022 im Kreis Minden-Lübbecke: Rund 70 Personen versuchten an die private Wohnanschrift der dortigen Landrätin zu gelangen, um dort zu protestieren.

Im Verlauf des Protestgeschehens wurden vermehrt Ärztinnen und Ärzte als Feindbild stilisiert und sogar angegriffen oder bedroht. So fand ein Arzt in Oberhausen im September 2021 einen in Buttersäure getränkten Brief in seinem Briefkasten, der inhaltlich verschiedene Corona-Verschwörungsmymen enthielt. In Rheinbach impfte ein Kinderarzt gemeinsam mit einer Kollegin erst Erwachsene, dann Jugendliche und Kinder. Im Oktober 2021 erhielt er anonyme Drohbrieft. Einer

davon schien mit einer hautreizenden Substanz versehen zu sein: Nach dem Öffnen des Umschlags klagte der Kinderarzt über Übelkeit, Schweißausbrüche und Juckreiz.

Auf der anderen Seite gibt es auch Ärztinnen und Ärzte, die sich auf die Seite der Verschwörungsmythiker schlagen. Beispielsweise wurden im November 2021 in Köln Flyer des Vereins „Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e. V.“ (MWGFD) verteilt. Inhaltlich greifen die Flyer Argumente von „Corona-Protestlern“ und der Querdenker-Szene auf. So wird etwa behauptet, dass der Grund für die 2G-Regelung nicht die Bekämpfung der Pandemie sei, sondern, um „30 Millionen Ungeimpfte [...] zur Impfung zu zwingen“. Weiter heißt es, die 2G-Regelung sei „eine besonders verwerfliche Art der Diskriminierung“, gleichgestellt mit „Rassismus“ und einer „Menschenjagd auf Ungeimpfte“. Dagegen solle man sich – so der Verein – mit „allen zur Verfügung stehenden friedlichen Mitteln“ wehren.

2.4 Herausragende Organisationen

Im Verlauf des Protestgeschehens haben sich innerhalb des „Corona-Protestler“-Milieus keine überregionalen einheitlichen Organisationsformen etablieren können. Stattdessen wurde in der zweiten Jahreshälfte 2021 eine zunehmende Regionalisierung und Dezentralisierung des landesweiten Protestgeschehens festgestellt, ohne zentral steuernde oder koordinierende Organisationseinheiten. Die wesentliche Kommunikation und Abstimmung von Aktionen und Protestversammlungen findet weiterhin über Messenger-Dienste statt.

Erlangten im Verlauf des Jahres 2020 die Organisationen „Querdenken“ und „Corona Rebellen“ in Nordrhein-Westfalen eine besondere Bedeutung, hat sich dies im zweiten Halbjahr 2021 verändert. Beide Organisationen verloren signifikant an Einfluss auf das Protestgeschehen. Stattdessen konnte eine sich verselbständigende, dezentral und regional agierende Protestkultur identifiziert werden, die dynamisch, fluid und ohne überregionale Führungspersönlichkeiten agiert.

Die maßgebliche Vernetzung des Protestmilieus sowie die Abstimmung zur Durchführung von Protestversammlungen (insbesondere der sogenannten „Montagsspaziergänge“) erfolgt fast ausschließlich über den Messenger-Dienst Telegram.

Seine einfache Handhabung ermöglicht es, schnell öffentlich einsehbare Diskussionsgruppen zu finden, in denen ungefilterte ideologische Inhalte mit teilweise extremistischen, verfassungsfeindlichen oder den Staat delegitimierenden Inhalten verbreitet werden. Auch menschenverachtende oder gewaltorientierte Äußerungen bleiben häufig unwidersprochen und finden Zustimmung.

2.5 Aktionsformen

Nicht nur die Zusammensetzung des Protestmilieus ist heterogen, sondern auch die Aktionsformen. Ob virtuelle oder realweltliche Aktionen, verbindendes Element ist die erhoffte Reichweite und Außenwirkung. Es sollen möglichst viele Menschen erreicht werden. Mit steigenden Corona-Inzidenzen ab Herbst 2021 konnte eine deutliche Zunahme an Aktionen, sowohl im virtuellen wie auch im realweltlichen Bereich, festgestellt werden. Im Folgenden sind neue Aktionsformen aufgeführt:

Demonstrationen und sogenannte Montagsspaziergänge

Seit Ende des Jahres 2021 ist eine zunehmende Regionalisierung des Protestgeschehens in Nordrhein-Westfalen zu beobachten. Statt zentralen Demonstrationen in den größten Städten findet das Demonstrationsgeschehen verstärkt auch in kleineren Städten statt. Die Protestveranstaltungen finden vermehrt an Wochenenden und an Montagen (sogenannte „Montagsspaziergänge“) statt. Viele Versammlungslagen werden über die sozialen Medien, insbesondere über Telegram, organisiert und angekündigt.

Die Protestversammlungen und insbesondere die sogenannten Montagsspaziergänge in kleineren Städten stärken das Zusammengehörigkeitsgefühl der Szene und fördern einen regionalen Netzwerkbildungsprozess, der auf einzelne Akteure radikalierungsfördernd wirken kann. Rechtsextremistische Organisationen (zum Beispiel „NPD“, „Die Rechte“ oder die Partei „Der III. Weg“) oder Einzelpersonen versuchen zudem weiterhin, die hohe Emotionalisierung und Mobilisierungsfähigkeit innerhalb der Demonstrationenbewegung zu instrumentalisieren. Um im bürgerlichen Milieu und bei potenziellen Sympathisanten anschlussfähig zu werden, verwenden sie die Mimikry-Strategie. Dabei wird der bestehende Diskurs aufgegriffen und demokratiefeindlich radikalisiert.

Die Protestversammlungen können dabei verschiedenen thematischen Schwerpunkten zugeordnet werden:

- **Gesellschafts-/Politik- und Systemkritik**
- **Ökonomie**
- **Familie, Bildung, Erziehung und Freizeit**
- **Medizin**
- **Spiritualität/Esoterik**
- **Verschwörungsmymen (auch reichsbürgertypische Narrative)**



Quelle: Protestversammlung am 18. Dezember 2021 in Düsseldorf

Durch die sogenannte "stille Mobilisierung" des Protestmilieus (Teilnahmen erfolgen ohne vorherige Anmeldung) kam es landesweit zu angemeldeten und unangemeldeten Veranstaltungen mit teilweise vierstelligen Teilnehmerzahlen. Die zahlenmäßig größte Veranstaltung fand am 22. Januar 2022 mit ca. 7.500 Teilnehmenden in Düsseldorf statt. Die Landeshauptstadt ist weiterhin ein Zentrum der organisierten Proteste in Nordrhein-Westfalen.

Zunahme von Bedrohungen gegen Politiker, Wissenschaftler, Journalisten

Die Zahl der Bedrohungen gegen politische Mandatsträger, Wissenschaftler und Journalisten hat zugenommen. In diversen Telegram-Kanälen wurden Privatadressen von politischen Mandatsträgern veröffentlicht und aufgerufen, davor zu demonstrieren. Dieses Vorgehen dient der gezielten Einschüchterung und ist Beispiel einer zunehmenden Radikalisierung bei einem Teil des Protestmilieus.

Instrumentalisierung von Kindern

Im Verlauf der pandemischen Lage und der Freigabe von COVID-19-Impfstoffen für Kinder rücken auch diese vermehrt in den Fokus der Debatte. Kinder und Jugendliche werden im Kontext des Corona-Protestgeschehens für politische Zwecke instrumentalisiert. Durch die Fokussierung der Protestaktionen auf Themen mit Kinderbezug und die Besetzung dieser Themen durch Extremisten werden potenziell weitere gesellschaftliche Kreise angesprochen. Dies erhöht einerseits die Anschlussfähigkeit und andererseits das Mobilisierungspotenzial.

Das Presseorgan „Deutsche Stimme“ der „NPD“ hat im Dezember 2021 eine Petition mit dem Titel „Finger weg von unseren Kindern. Nein zur Impfpflicht“ gestartet. Diese soll anschließend an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages geschickt werden. Der inhaltliche Bezug zur „NPD“ ist nicht direkt erkennbar.



Quelle: Twitter-Kanal der NPD NRW (@NPDNRW), abgerufen am 29.12.2021

Mobilisierungskampagnen (zum Beispiel „Streik-Aktionen“)

Verschiedene extremistische Organisationen versuchen, durch mediale Mobilisierungskampagnen in Form eines Impfstreikbündnisses Aufmerksamkeit zu erzeugen. Dazu gehören beispielsweise die Initiatoren der Kampagne „IMPFSTREIK“ des rechtsextremistischen COMPACT-Magazins, die politische Gruppierung „Freie Sachsen“, die Wochenzeitung „Demokratischer Widerstand“, das „Alternative Gewerkschaft Zentrum“, PI-News, die Vereinigungen „Anwälte für Aufklärung“ sowie „Ärzte für Aufklärung“. Inhaltlich richtet sich die Kampagne gegen eine potenzielle Impfpflicht. Personen mit ablehnender Haltung gegen staatliche Corona-Schutzmaßnahmen können sich in eine Art Newsletter eintragen, um „über Aktionsvorbereitungen auf dem Laufenden“ gehalten zu werden.



Quelle: Telegram-Kanal der Kampagne „IMPFSTREIK“, abgerufen am 04.02.2022

Darüber hinaus werden umfangreiche Informationsmaterialien zum Herunterladen oder Bestellen bereitgestellt. Regelmäßig wird zu verschiedenen „Impfstreik-Aktionen“, wie zum Beispiel einem „5 Minuten Impfstreik“ vor Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeeinrichtungen, aufgerufen, zuletzt am 28. Februar 2022.

2.6 Plattformen

Mittlerweile nutzt die „Corona-Protestler“-Szene fast ausschließlich den Messenger-Dienst Telegram, um zu kommunizieren, sich untereinander zu vernetzen und die nächsten Demonstrationen zu planen. Derzeit formiert sich eine Vielzahl von Kleinstgruppen, die sich überwiegend über soziale Medien vernetzen und auch überregional an Veranstaltungen von Impfgegnern teilnehmen.

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz prüft fortlaufend, ob es bei diesen Gruppierungen Überschneidungen mit der rechtsextremistischen Szene gibt. Alle rechtsextremistischen Gruppierungen greifen die Corona-Proteste auf, mobilisieren dazu in den sozialen Medien und nehmen ebenfalls an Versammlungen teil.

Mittlerweile hat sich ein neuer, zeitaufwändiger Modus Operandi zwecks Rekrutierung neuer Mitglieder in einigen konspirativen Telegram-Gruppierungen etabliert. Die Telegram-Vorgruppen dienen zur Aussortierung „ungeeigneter Nutzer“, bevor eine Überleitung und tatsächliche Aufnahme in die entsprechende Hauptgruppe erfolgt.

Ziel solcher konspirativ agierender Telegram-Gruppen ist der Aufbau einer Parallelwelt und die Vernetzung ausschließlich von „Ungeimpften“. Sobald ein Nutzer die Vorraum-Gruppe beitrifft, wird er durch einen Administrator dazu aufgefordert, sich vorzustellen und den Impfstatus preiszugeben.

Darüber hinaus wird die Nennung einer Kontaktperson verlangt, die den Nutzer auf die Telegram-Gruppe aufmerksam gemacht hat. Die Nennung der konkreten Kontaktperson macht eine gesonderte Verifizierung möglich. Beabsichtigt ist hier, keine „Trolle“ zuzulassen, sondern ausschließlich „vertrauenswürdigen Menschen“ zu begegnen.

Neben einer persönlichen Ansprache und Werbung der Gruppe verteilen Mitglieder der Hauptgruppe anscheinend auch QR-Codes auf Protestveranstaltungen. Insgesamt wird jeder Zugang zu der Gruppe einzeln geprüft und verifiziert.

Sodann erhält der Nutzer den Link zu der Hauptgruppe. Der Einlass dort wird ebenfalls durch Administratoren kontrolliert und bestätigt, sodass unbekanntem Nutzern kein Zugang gewährt wird. Dadurch ist es Sicherheitsbehörden erschwert, die tatsächliche Intention, Agitation und Struktur der Gruppe zu bewerten. Die Verifizierung eines jeden Nutzers verursacht einen hohen zeitlichen Aufwand.

2.7 Finanzierungsstrategien im „Corona-Protest“-Spektrum

Angesichts des seit zwei Jahren andauernden Corona-Protestgeschehens und eines umfangreichen personellen und materiellen Ressourceneinsatzes, etwa für die Erstellung und oftmals kostenfreie Abgabe von Printerzeugnissen, erscheint die Aufklärung der Finanzierungsstrategien innerhalb der Bewegung von hervorgehobener Bedeutung.

Dabei sind bislang folgende Finanzierungsstrategien erkennbar:

- **Strategie der Selbstvermarktung**
- **Strategie der Kommerzialisierung des Protestgeschehens**
- **Strategie Mitgliedsbeiträge**
- **Strategie der Spendengenerierung**

Von besonderem Interesse für die Sicherheitsbehörden sind dabei die zentralen Akteure der Szene, da hier von einer hohen Akkumulation finanzieller Mittel ausgegangen werden kann.

Bei näherer Betrachtung einiger dieser Akteure wird ersichtlich, dass diese versuchen, durch eine geschickte Selbstvermarktung der eigenen Person, durch die gezielte Kommerzialisierung des „Corona-Protest“-Geschehens, durch Mitgliedsbeiträge sowie Aufrufe zu Spenden Einnahmen zu generieren.

So operieren einige Akteure wie klassische Influencer, indem sie die eigene Person zur Marke machen und ihre Follower für einen exklusiven Zugang bezahlen lassen. Andere Akteure aus dem rechtsextremistischen Spektrum nutzen gezielt die Verdienstmöglichkeiten im Delegitimierungsspektrum aus.

So werden etwa Merchandise-Artikel mit einschlägigen politischen Botschaften zum Kauf angeboten. Daneben spielt das Akquirieren von Mitgliedsbeiträgen und von Spenden eine entscheidende Rolle. Dementsprechend rufen nahezu alle relevanten Akteure der Szene zu monetärer Unterstützung auf.

Teilweise geschieht dies projekt- und anlassbezogen, oftmals aber auch als allgemeine Unterstützung der vorgeblich geleisteten „politischen Arbeit“.

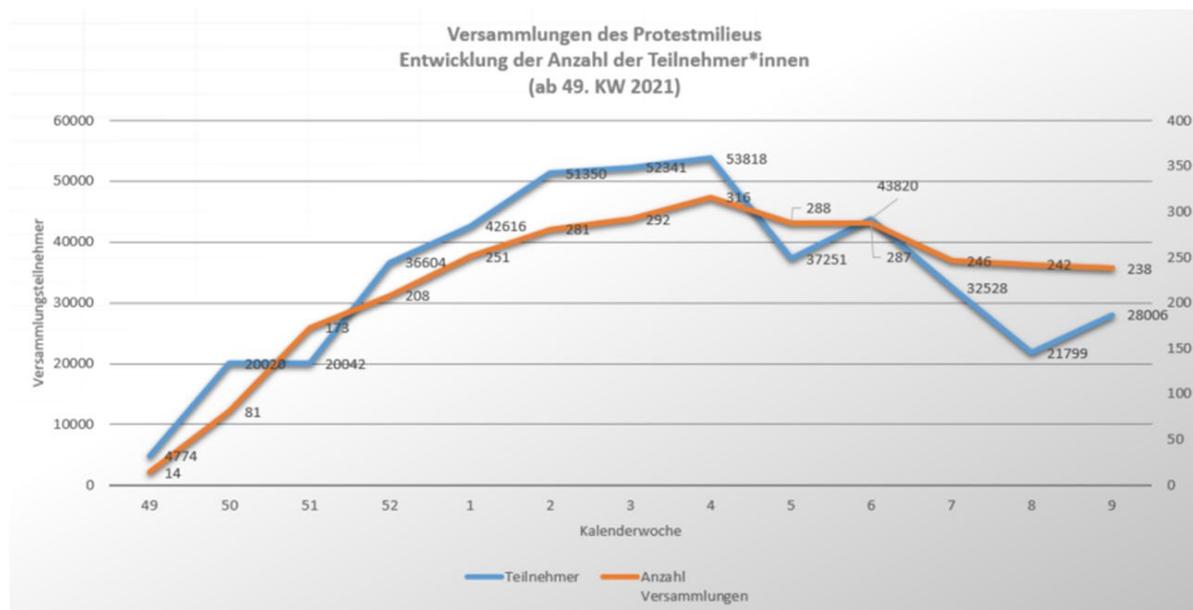
2.8 Proteste gegen Anti-Corona-Maßnahmen im polizeilichen Fokus

Seit Beginn der Pandemie beschäftigt sich die Polizei in Nordrhein-Westfalen mit den Protesten gegen die Anti-Corona-Maßnahmen. Eine besondere Herausforderung stellen dabei Aktionen dar, die aus dem Spektrum der sogenannten „Corona-Protestler“ stammen. Eine besondere Relevanz für die Polizei hat dabei die allgemeine Gefahreinschätzung. Dieses Unterkapitel beruht auf den Erkenntnissen des Landeskriminalamtes (LKA) Nordrhein-Westfalen.

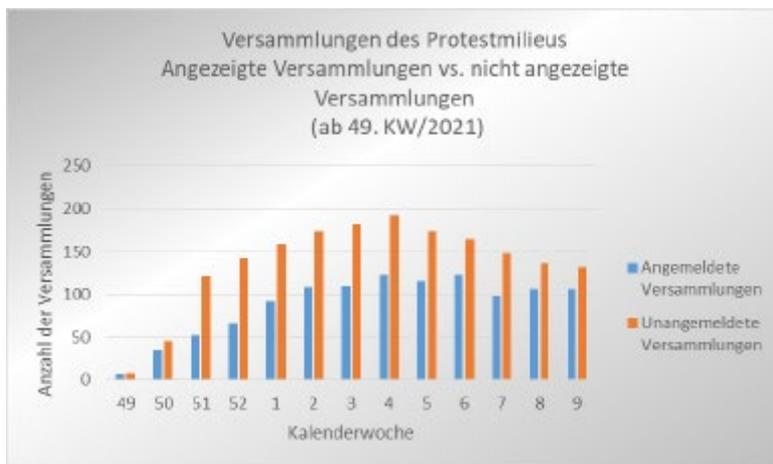
Demonstratives Geschehen

Bedingt durch die im November 2021 wieder stark angestiegene Infektionsdynamik, den damit einhergehenden politischen Entscheidungen (Beschränkungen und Maßnahmen) insbesondere im Hinblick auf ungeimpfte Menschen, die Anpassung des Infektionsschutzgesetzes sowie die Verabschiedung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht, war ein starker Anstieg des Versammlungsgeschehens zu konstatieren.

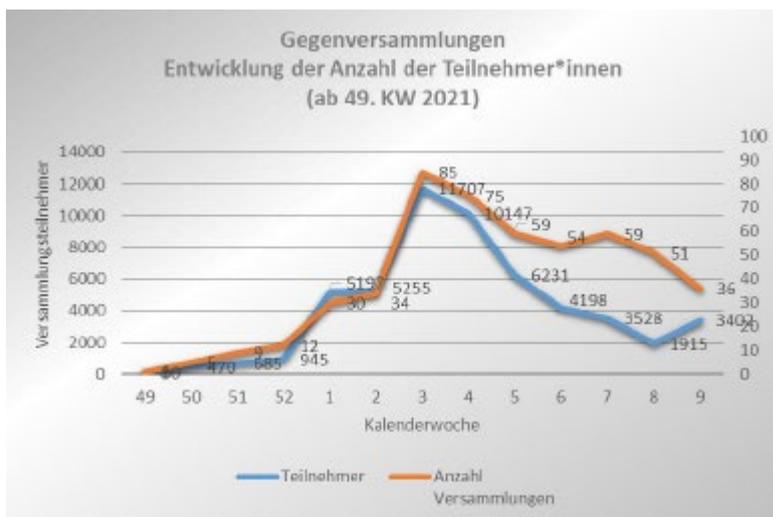
Mitunter war bis zur 4. Kalenderwoche 2022 ein kontinuierlicher deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass sich der Montag als der versamlungs- und teilnehmerstärkste Wochentag etablierte.



Jede der 47 Kreispolizeibehörden (KPB) sah sich im Laufe der Zeit mit versammlungsrechtlichen Einsatzlagen konfrontiert. Hinsichtlich der Einsatz- und Kräfteplanung stellte die Erscheinungsform der Spaziergänge eine wesentliche Herausforderung für die KPB dar: Personen des maßnahmenkritischen Milieus versammeln sich ohne vorherige Anmeldung unter dem Deckmantel eines „Spaziergangs“, der in aller Regel als Versammlung zu würdigen ist. Der Anteil nicht angemeldeter beziehungsweise nicht angezeigter Versammlungen beläuft sich auf bemerkenswerte 61 Prozent (Stand: 08.03.2022).



Mit der Zunahme des Protestgeschehens wuchs gleichzeitig die Anzahl derer, die wiederum gegen die Versammlungen des Corona-Protestmilieus mobilisierten.



Mit Beginn des Jahres 2022 konnten zunehmend Gegendemonstrationen/Versammlungen – sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch bundesweit – beobachtet werden.

In unterschiedlichen Städten in Nordrhein-Westfalen zeigten Bürgerinnen/Bürger – mitunter unterstützt durch zum Beispiel Vertreterinnen/Vertreter verschiedener Parteien, zivilgesellschaftlicher Organisationen (zum Beispiel Arbeiterwohlfahrt, AWO) sowie der Kirchen - Solidarität mit den bisherigen Opfern der Corona-Pandemie.

Unter anderem in Form einer „Menschenkette“ versuchten die Teilnehmenden ein Zeichen für gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie einen respektvollen Umgang gerade für die Menschen zu setzen, die im Rahmen der Pandemie besonders gefordert werden. Mehr als 500 Versammlungen können diesen Gegenprotesten inzwischen zugerechnet werden.

Protestspektrum der maßnahmenkritischen Bewegung

Die derzeit feststellbare Protestbewegung im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie umfasst ein multispektrales Personenpotenzial, das sich unter anderem verschiedenen Szenen und politischen Ideologien zuordnen lässt. Dominiert wird das Versammlungsgeschehen bislang von einem eher bürgerlichen Personenpotenzial.

Dabei zeigt sich auch die Teilnahme eines heterogenen Feldes, das von Anhängern diverser Verschwörungsmethoden, alternativ orientierter Esoteriker – insbesondere mit symbolischem Bezug zu Friedensbewegungen – über Personen und Kleinstgruppierungen aus dem ideologischen Umfeld der sogenannten Reichsbürger- und Selbstverwalterszene bis hin zu Personen mit einem rechtsextremistischen Hintergrund vielfältige politische und ideologisch weltanschauliche Strömungen abbildet.

Die rechtsextremistischen Parteien „Die Rechte“, „Der III. Weg“ sowie die „NPD“ haben in der Vergangenheit wiederholt via Social Media öffentlich zur Teilnahme an Protestveranstaltungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie aufgerufen. Vereinzelt konnte die tatsächliche Teilnahme von Anhängern der vorgenannten Gruppierungen festgestellt werden.

Die Verteilung der Versammlungen auf die Kreispolizeibehörden zeigt weiterhin die unterschiedliche Gewichtung des Versammlungsgeschehens auf. Dabei lassen sich keine generellen Aussagen hinsichtlich bevorzugt betroffener Regionen (urban/suburban) treffen.



Hinsichtlich ihrer teilweise sehr hohen Teilnehmerschichten sind insbesondere die Versammlungen in Düsseldorf (bis zu 7.500 Teilnehmende) bemerkenswert.

Auto-Korsos („Freedom Convoy“)

Im Zuge der pandemischen Einschränkungen, auch für das Versammlungsgeschehen, zeigte sich ein neuer Modus Operandi bei der Durchführung von Versammlungen. Um entsprechenden Abstandsregelungen etc. zu entgehen, haben sich Teilnehmer als organisierte Autokorsos versammelt. Daraus resultierend haben sich für die Einsatzbehörden neue Herausforderungen, auch durch vereinzelt durchgeführte Blockadeaktionen von Gegendemonstranten ergeben. Insgesamt haben die Autokorsos jedoch nicht zu den von den Organisatoren erhofften Wirkungen geführt.

Der sogenannte „Freedom Convoy“, welcher zunächst auf Initiative von LKW-Fahrern in Kanada als Protest gegen die dortigen pandemiebedingten Maßnahmen und Beschränkungen durchgeführt wurde, sollte aufgrund der immensen Außenwirkung sowohl in Deutschland als auch auf europäischer Ebene mit Ziel in Brüssel wiederholt werden. Während in einigen Nachbarstaaten die Durchführung dieser Konvois den innerstädtischen Verkehr von Großstädten zum Erliegen gebracht hat, konnte in Deutschland trotz dynamischer Umwerbung keine besondere Resonanz erzielt werden. Ebenfalls konnte auch der paneuropäische „Freedom Convoy“ mit Ziel in Brüssel, auch aufgrund konsequenter grenzpolizeilicher Maßnahmen Belgiens, keine besondere Außenwirkung erzielen, so dass entsprechend ambitionierte Bestrebungen zunächst nicht wieder festgestellt werden konnten.

Die Rolle von Social Media

Aufgrund seiner zahlreichen Verknüpfungsmöglichkeiten zu anderen Plattformen und Webseiten sowie seiner Beschaffenheit als Messenger mit umfassender Gruppenfunktion und darüber hinaus den weitreichenden Anonymisierungstools, kommt insbesondere dem Messenger-Dienst Telegram eine Schlüsselrolle im Kontext von Agitationen gegen Corona-Schutzmaßnahmen zu. Dies gilt in zweierlei Hinsicht. Zum einen dient Telegram als dynamische Mobilisierungsplattform, als „digitaler Flyer“ und als Koordinationsplattform innerhalb der Szene. Zum anderen nutzen Straftäterinnen und Straftäter die Plattform als Tatmittel. Eine Vielzahl von Repräsentanten des Staates, Amts- und Würdenträgern oder in der öffentlichen Wahrnehmung stehenden Personen des medizinischen und wissenschaftlichen Sektors sah und sieht sich Einschüchterungsversuchen, Bedrohungen und auch Tötungsaufrufen ausgesetzt. Neben dem Verdacht des öffentlichen Aufrufens zu Straftaten gemäß § 126 StGB erscheint in einer nicht unwesentlichen Zahl der Fälle auch der im September 2021 in Kraft getretene § 126a StGB (Gefährdendes Verbreiten personenbezogener Daten) einschlägig.

Die Schwierigkeiten der Polizei bei der Bewertung von virtuellen Bedrohungen und Aufrufen hinsichtlich der Gefahr realweltlicher Auswirkungen einerseits sowie das zurückhaltende Kooperationsverhalten von Telegram andererseits sind bekannt und aktuell Gegenstand zahlreicher sicherheitspolitischer Diskussionen. Diesbezüglich erfolgen derzeit operative wie strategische Anpassungen auch bund-/länderübergreifend zur Bewältigung neuer Herausforderungen und Problemstellungen.

Öffentliches Propagieren eigener Themen

Zentrales Element der Protestbewegung, unter anderem zur Umsetzung offensichtlicher Rekrutierungsbestrebungen, einhergehend mit einem starken Sendungsbewusstsein und der Stärkung einer gruppen- sowie bewegungsspezifischen Außenwirkung, ist das Verbreiten eigener Ansichten, Überzeugungen und vor allem ideologischer Hintergründe. Hierbei werden bereits etablierte Methoden, Kampagnen und Kommunikationsstrategien angewendet und sind im polizeilichen Meldeverkehr entsprechend bekannt geworden. Eine Außenwirkung wird ebenfalls durch das Anbringen von Aufklebern in Innenstädten (zum Beispiel an Ampeln und Verkehrsschildern) oder das Anbringen von Sprüchen

mittels Graffiti im Straßenbild versucht zu erreichen. Diese sind oftmals mit digitalen Gruppen bei Telegram oder Webseiten verknüpft, so dass Propaganda und Rekrutierung Brücken zwischen virtueller und realweltlicher Agitation schaffen. Farbschmierereien werden strafrechtlich als Sachbeschädigung behandelt und stellen demzufolge eine Straftat dar. Ein besonders sensibler Aspekt ist der Versuch des Beeinflussens von Kindern. So werden nicht nur Schulleitungen und Lehrer/innen regelmäßig Ziel von mitunter konfrontativer Einflussnahme durch „Corona-Protestler“. Auch Schüler/innen stehen im Zielspektrum. In Düsseldorf wurden zum Beispiel Regenbezüge mit Werbung für eine bestimmte Homepage mit Bezug zur Protestbewegung auf Satteln der Fahrräder der Schülerinnen und Schüler vor einer Schule befestigt. Der Inhalt dieser Homepage „informierte“ darüber, dass die mediale Berichterstattung im Hinblick auf die Corona-Pandemie falsch und gelogen sei. Kinder wurden suggestiv zum „Widerstand“ gegen Corona-Schutzmaßnahmen aufgefordert. Die Aktion wurde der Polizei gemeldet.

Test- und Impfzentren

Seit Beginn der Corona-Impfungen zum Jahreswechsel 2020/21 konnten diverse Sachbeschädigungen (einige wenige durch Feuer), einzelne Brandstiftungen sowie eine Vielzahl an Einbruchsdelikten zum Nachteil der Impfzentren beziehungsweise der Teststationen verzeichnet werden. In den meisten Fällen (Sachbeschädigungen) ist die Motivation des/der Täter(s) offenkundig, da oftmals begleitend Parolen und/oder szenetypische Aussagen an den Testzentren aufgebracht/angebracht wurden. Die Szene der „Corona-Protestler“ diskutiert – teilweise offen – in den sozialen Medien immer wieder derartige Aktionen im Zusammenhang mit den in Rede stehenden Einrichtungen. Die Motivation im Sinne der Begehung von Eigentumsdelikten (Einbruch) ist gemäß aktueller Erkenntnislage vornehmlich im monetären Bereich begründet. In den meisten Fällen wurden zum Beispiel Bargeld, Elektronikartikel (Mobiltelefon/Tablet/Notebook) sowie Antigenschnelltests und/oder Bescheinigungen entwendet. In einigen wenigen Fällen wurden gezielt Räumlichkeiten angegangen, in welchen erhebliche Mengen an Schnelltests gelagert wurden und damit eine erhebliche Schadenssumme einherging. Hinweise auf eine politisch motivierte Begehungsweise liegen derzeit nicht vor.

Exponierte Persönlichkeiten im Fokus von „Corona-Protestlern“

In Bezug auf exponierte Persönlichkeiten und insbesondere bei politischen Verantwortungsträgern, aber auch in Bezug auf zahlreiche Kommunalpolitikerinnen/ Kommunalpolitiker, lassen sich diffamierende Online-Beiträge, Bedrohungen, Aufrufe zu Versammlungen beziehungsweise Aktionen an (Privat-) Anschriften und ähnlich gelagerte Taten feststellen. Dabei liegt gegebenenfalls unter anderem eine Straftat im Sinne § 126a StGB „Gefährdendes Verbreiten personenbezogener Daten“ vor (im Kontext von Veröffentlichung „Outing“ und „Doxing“ auch im Rahmen sogenannter Feindeslisten). Durch das Erstellen solcher Listen wird suggestiv oder sogar offen zum zumeist konfrontativen Handeln aufgefordert.

Das sogenannte „Outing“ von vermeintlichen Gegnern beziehungsweise die Erstellung sogenannter „Feindeslisten“ mit vor allem gesammelten personenbezogenen Daten, „Doxing“ genannt, wurde auch im weiteren Verlauf des Jahres 2021 beobachtet. Die diesbezügliche Vorgehensweise der Szene hat sich nicht verändert. Weiterhin werden derartige Listen in unregelmäßigen Abständen – insbesondere in Telegram-Gruppen – veröffentlicht. Die Listen enthalten aus Sicht der Szene „altbewährte Angaben“ mit Namen und Daten von unter anderem Amts- und Mandatsträger/innen, Journalist/innen, Ärzten/innen und Virologen/innen oder sogenannten politischen Gegnern, vermeintlichen Mitgliedern der Antifa-Szene. In einigen Fällen wurden Personen an Privatanschriften vorstellig oder die Pkw der Betroffenen – auch in Nordrhein-Westfalen – beschädigt. Beispielhaft ist der Aufzug einiger Personen der Protestbewegung am 3. Januar 2022 vor dem Privathaus einer Mindener Landrätin. Ob derartige Taten tatsächlich im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Veröffentlichenden einer Liste oder aber eines direkten Aufrufs stehen, kann – auch nach zum Teil erfolgter Einzelfallbetrachtung - nicht valide beantwortet werden.

Dass solche Listen motivierend wirken können, ist sehr wahrscheinlich. Die Betroffenen sind darüber hinaus fortwährend abstrakten massiven Drohungen in sozialen Netzwerken ausgesetzt oder werden sogar persönlich bedroht, wenn entsprechende Kontaktmöglichkeiten in virtuellen Foren bekannt gegeben werden.

Hierbei ergeben sich Hinweise auf ein fortschreitendes Radikalisierungspotenzial, das einem Teil der „Corona-Protestler“-Szene und Anhängern von Verschwörungsmmythen europaweit mittlerweile innewohnt. „Outing“ von

vermeintlichen Gegnern und die Erstellung von „Feindeslisten“ konnte auf Internetplattformen – insbesondere in Telegram-Gruppen radikaler Teile der maßnahmenkritischen Protestbewegung – zunehmend festgestellt werden. In Einzelfällen kam es zu Angriffen auf Privatanschriften oder Pkw von Betroffenen – auch in Nordrhein-Westfalen.

Das Erstellen solcher „Outings“- beziehungsweise das Veröffentlichen von Feindeslisten ist ein perfides Mittel des sogenannten Kampfes und umfassender Agitation gegen politische Gegner und kann strafbares Handeln darstellen. Folge des „Outings“ in Nordrhein-Westfalen waren unter anderem psychisch belastende Drohungen und Sachbeschädigungen. Aufklärung und gegebenenfalls strafrechtliche Verfolgung, Ermittlung von Personen in Netzwerken, die solche Listen erstellen, führen und weiterverbreiten, ist auch ein grundsätzlicher Aspekt der polizeilichen Gefahrenabwehr.

Polizeibeamtinnen und -beamte im Fokus von „Corona-Protestlern“

Ein besonderer Aspekt ist der Versuch aus der „Corona-Protestler“-Szene heraus, auf die Exekutive des Staates Einfluss zu nehmen, darunter auch gezielt auf Polizeibeamtinnen und -beamte. Hierfür haben sich im Internet mittlerweile eigene Netzwerke und Foren etabliert. Dabei spielt unter anderem die sogenannte Polifa („Polizisten für Aufklärung“; Telegram und eigene Internetseite) eine wesentliche Rolle. Auf deren Kanälen wird die Legitimität des derzeitigen Regierungshandelns in Zweifel gezogen.

In der Folge werden Polizeibeamtinnen und -beamte zur Verweigerung des Befolgens von Dienstanweisungen („Befehlsverweigerung“) aufgerufen. Die Form der hier betriebenen Unterwanderungsstrategie ist für die Funktionsweise des Rechtsstaates in höchstem Maße gefährlich, wenn neben dem „Anregen zum Nachdenken“ verschwörungsideologisch geprägte Inhalte und Narrative innerdienstlich weiterverbreitet werden und der Staat dabei als illegitim dargestellt wird – da er durch die sogenannten „Eliten“ „unterwandert“ beziehungsweise „ausgehöhlt“ sei. Die Verbreitung entsprechender Propaganda in dienstlichen Kreisen kann ein Dienstvergehen darstellen, so dass jeder Einzelfall geprüft wird.

In der Gesamtschau der Entwicklung ist hier eine Dynamik zu erkennen, die eine zunehmende sceneinterne Enttäuschung darüber abbildet, dass polizeiliche Kräfte

sich nicht in großem Ausmaß der Bewegung anschließen. Dies führt mitunter in Demonstrationsgeschehen zu einer fortgesetzten und emotionalisierten Feindbildwahrnehmung polizeilicher Kräfte als vermeintliche Erfüllungsgehilfen eines so bezeichneten faschistischen Systems und damit zu einer mitunter feststellbaren konfrontativen Haltung radikalierter Teile des Protestspektrums.

Abschließende Einschätzung der Herausforderungen und Gefahren

Es werden zunehmend neue Formen des Protests beobachtet, die darauf abzielen, eine erhebliche Tragweite des öffentlichen Kundtuns von Verschwörungsmmythen und ideologischen geprägten Inhalten zu etablieren. Begleitend ist der Trend zu verzeichnen, das Protestgeschehen durch Versammlungen voranzutreiben, die im Vorhinein nicht mehr angemeldet/angezeigt werden. Ziel und Zweck fortgesetzter Agitation von Teilen der Bewegung ist hier, den erfolgreichen Übergang von verbalen Aufrufen und Propagieren eigener Überzeugung und Meinungen zu öffentlichkeitswirksamen handlungsorientierten Feldern mitzugestalten.

Dies zeigen unter anderem die benannten Versuche wie etwa „Freedom Convoys“ oder die Konfrontation exponierter Persönlichkeiten, insbesondere politischer Mandatsträger. Hier genügt der diskursive Streit nicht mehr, die sogenannten Entscheider sollen zum Umkehren vor allem in Bezug auf die Maßnahmen bewegt werden, bestenfalls zur Aufgabe ihrer Amtsgeschäfte. Es zeigt sich in der Gesamtschau, dass Teile der Protestbewegung ideologisch über die Bekämpfung konkreter Maßnahmen im Kontext der Pandemielage hinausgehen. Die pandemische Lage wird als Anlass und Symptom zur Umsetzung unterschiedlichster Zielvorstellungen genutzt.

Das Durchführen unangemeldeter Demonstrationen entspricht dabei dem Duktus der „Selbstermächtigung“, der zunächst in Teilen der „Corona-Protestler“-Szene gepflegt wurde und sich im Rahmen der Entwicklung dieser Szene insbesondere ab Ende 2021 als etablierte Vorgehensweise darstellt. Staatliche und rechtliche Vorgaben werden nicht anerkannt und gezielt umgangen. Darüber hinaus erfolgen Anmeldungen für Versammlungen, die bewusst nicht durchgeführt werden, unter anderem mit der klaren Intention, behördliche Kräfte zu binden.

Dazu kommen Konflikte mit anderen politischen Lagern, die bislang zumindest in Nordrhein-Westfalen in wenigen Fällen in Gewalt münden. Personen aus dem

linksextremistischen Spektrum, die sich Versammlungen der Protestbewegung entgegenstellen, treten mit einer höheren Konfrontationsbereitschaft auf. Auf diese Weise wird das Demonstrationsgeschehen unter Umständen auch zum Austragungsort entgegenstehender politischer Ansichten.

Bei den verschiedenen Aktionen von „Corona-Protestlern“ wird eine Häufung von Bezugnahmen auf die Zeit des Nationalsozialismus wahrgenommen. Dies geschieht in Form von Redebeiträgen auf Kundgebungen, im Internet auf sozialen Plattformen oder durch entsprechende Texte auf Schildern/Plakaten sowie durch Graffiti.

Eine öffentlichkeitswirksame Form ist zum Beispiel das offene Tragen eines Davidsterns mit der Bezeichnung „ungeimpft“. Leitend ist mehrheitlich die Wahrnehmung und Darstellung der politischen wie gesellschaftlichen Verhältnisse als Coronadiktatur beziehungsweise faschistisches System, in dem das Grundgesetz keine Anwendung mehr finde und im Zuge dessen ein Recht auf Widerstand bestehe.

Auch der Begriff der „Lügenpresse“, der historisch phänomenologisch dem rechtsextremistischen Spektrum zuzuordnen ist, wird dazu verwendet, Medienvertreter und Presseorgane zu diffamieren, vor allem aber zu delegitimieren. Hier bildet sich eine Entwicklung ab, die besagt, dass aus szenointerner Sicht ausschließlich dem Protestspektrum zugehörige oder befürwortende Influencer und Medienvertreter der selbstbezeichneten „Freien Presse“ oder sogenannten „Freie Medien“ toleriert, akzeptiert und rezipiert werden.

Andere und vor allem kritische Berichterstattung und Berichterstatter geraten in den Fokus der Agitation und werden, ebenso wie bekannte Personen des medizinischen wie wissenschaftlichen Sektors und insbesondere politische Amts- und Würdenträger, als Teil beziehungsweise Erfüllungsgehilfen eines vermeintlich unmenschlichen und faschistischen Systems, als Feindbilder gekennzeichnet und stilisiert sowie konkret angefeindet und bedroht. Insbesondere in diesem vornehmlich digital dominierten Agitationsfeld zeichnen sich zunehmend radikalere Positionen und Dynamiken ab.

3. Bezüge in bestehende extremistische Bereiche

3.1 Rechtsextremismus

Einzelpersonen oder Organisationen aus dem rechtsextremistischen Spektrum haben Bezüge in die „Corona-Protestler“-Szene oder versuchen das Protestgeschehen für ihre eigene Agenda zu instrumentalisieren. Rechtsextremisten beteiligen sich weiterhin aktiv und passiv an dem Protestgeschehen, besuchen Demonstrationen und versuchen dafür zu mobilisieren. Verbindendes Element ist die Staatskepsis beziehungsweise die Ablehnung des demokratischen Rechtsstaates in Verbindung mit einer hohen Affinität für Verschwörungsmythen. Insbesondere antisemitische Stereotype finden sich direkt oder indirekt in vielen Verschwörungsmythen wieder, die sowohl im Rechtsextremismus, als auch in der „Corona-Protestler“-Szene im Umlauf sind.

In der Summe ergibt sich dadurch ein hohes Maß an Anschlussfähigkeit zwischen den Phänomenbereichen Rechtsextremismus und verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates. Im Vergleich aller vom Verfassungsschutz beobachteten Extremismusbereiche ist die Anschlussfähigkeit der „Corona-Protestler“ zum Rechtsextremismus weiterhin am größten.

Rechtsextremisten lehnen die freiheitliche demokratische Grundordnung ab. Teile wollen ein autoritäres oder totalitäres staatliches System errichten, befürworten für diesen Zweck die Anwendung von Gewalt und fordern diese zum Teil sogar offen ein. In ihrem Systemverständnis soll nationalistisches und rassistisches Gedankengut die Grundlage der Gesellschaftsordnung bilden. Das rechtsextremistische Weltbild ist gekennzeichnet durch Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, völkische Ideologie, Antisemitismus, verbunden mit der Verherrlichung des NS-Regimes und der Relativierung bis zur Leugnung des Holocaust. Vorherrschend ist die Vorstellung, dass die ethnische Zugehörigkeit zu einer Nation oder Rasse die größte Bedeutung für das Individuum haben muss. Die Rechte des Einzelnen sind diesem größeren Wert unterzuordnen. Ein ideologisches Bindeglied zwischen den verschiedenen Strömungen des Rechtsextremismus ist der Antisemitismus. Dieser kommt entweder durch offene Propaganda zum Ausdruck oder wird verklausuliert in die Diskurse eingefügt.

Im Einzelnen wird nachfolgend dargestellt, welche Rolle der Rechtsextremismus innerhalb des Protestgeschehens gegen die staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen eingenommen hat beziehungsweise einnimmt:

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)



Bei der „NPD“ findet sich ein breites Spektrum an Verschwörungsmethoden in ihrer Ideologie und ihrer Propaganda. In wesentlichen Teilen handelt es sich hierbei um Verschwörungen, die antisemitische und geschichtsrevisionistische Stereotype beinhalten.

Zunächst befürwortete die „NPD“ die staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen und sagte sogar eigene Veranstaltungen ab. Erst im Laufe des Jahres 2020 änderte sie ihre Strategie in Bezug auf die pandemische Lage.

In Nordrhein-Westfalen beteiligten sich vereinzelt Mitglieder oder Sympathisanten am Corona-Protestgeschehen, ohne darauf einen erkennbar steuernden Einfluss auszuüben. Auch virtuell versuchte die „NPD“, die Pandemie zu instrumentalisieren. Sie beabsichtigte, die durch die Pandemie ausgelösten Probleme zu nutzen, um Skepsis und Gegnerschaft zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu verstärken.



Quelle: Telegram-Kanal der NPD NRW, abgerufen am 13.01.2022

Über Verschwörungsmethoden und Kritik am demokratischen Rechtsstaat bestehen grundsätzlich Überschneidungen zwischen Themen der „Corona-Protestler“-Szene und der „NPD“. Allerdings wirken die extremen politischen Ansichten und der offen völkische Charakter auf einen Großteil des „Corona-Protestler“-Milieus eher abschreckend. Auch die bestehende öffentliche Stigmatisierung der „NPD“ im

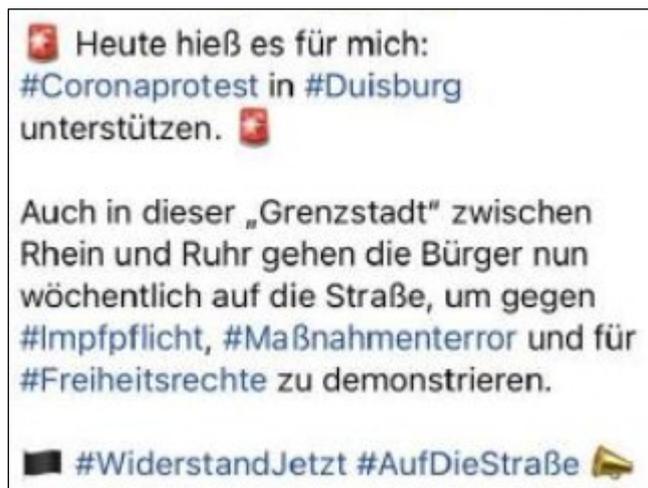
politischen und öffentlichen Raum hat einen Abschreckungseffekt. Eine direkte und unmittelbare Kooperation ist daher weiterhin eher unwahrscheinlich.

In Nordrhein-Westfalen gibt es lediglich vereinzelt Versuche von Mitgliedern oder Sympathisanten der „NPD“, sogenannte „Spaziergänge“ anzumelden und dadurch eine aktivere Rolle im Protestgeschehen einzunehmen. Überwiegend konnte festgestellt werden, dass die „NPD“-Anhängerschaft passiv an „Spaziergängen“ teilnimmt und vielmehr im Nachgang versucht, die Teilnahme auf parteiinternen sozialen Kanälen zu verbreiten.

Der Landesvorsitzende der „NPD“ in Nordrhein-Westfalen nahm am 7. Februar 2022 in Duisburg an einer Protestversammlung teil und bezeichnete die Schutzmaßnahmen in seinem Beitrag in den sozialen Medien als „Maßnahmenterror“.

Auf diversen „NPD“-Kanälen in den sozialen Medien ruft die Partei unter den Hashtags „#WiderstandJetzt“ und

„#RausAufDieStraße“ zum „Spazieren gehen“ auf. Dies kann als Versuch gewertet werden, die „Corona-Protestler“-Szene zu infiltrieren und für die eigenen rechtsextremistischen politischen Zwecke zu instrumentalisieren.



Quelle: Telegram-Kanal des NPD-Landesvorsitzenden, abgerufen am 07.02.2022

Völkisch-nationalistischer Personenzusammenschluss innerhalb der Alternative für Deutschland, ehemals Der Flügel

Der „völkisch-nationalistische Personenzusammenschluss“ agiert nach der formellen Auflösung des „Flügel“ im Frühjahr 2020 weiterhin als Sammlungsbewegung innerhalb der Partei Alternative für Deutschland (AfD). Die ideologische Ausrichtung fokussiert sich im Wesentlichen auf das völkische Konzept des sogenannten Ethnopluralismus. Damit knüpft der „völkisch-nationalistische Personenzusammenschluss“ unmittelbar an den Entwurf einer ethnisch homogenen Gemeinschaft an, den die rechtsextremistische Neue Rechte vertritt. Diese Zielsetzung versucht der „völkisch-nationalistische Personenzusammenschluss“ zu

verschleiern und stellt sich selbst als vermeintliches Sprachrohr einer bürgerlichen Mitte dar.

Unter den Anhängern des „völkisch-nationalistischen Personenzusammenschlusses“ finden sich völkische Narrative wie „Der große Austausch“ und die korrespondierende Idee einer vermeintlich global gesteuerten „islamischen Expansion“ mittels „Landnahme“ durch Migranten. Die Übernahme extremistischer Ideologieelemente aus der „Neuen Rechten“ ist eine Folge der Genese der Gruppierung. Bereits in der Gründungsphase des „Flügels“ im Jahr 2015 zeigte sich insbesondere eine ideologische Schnittmenge zur „Identitären Bewegung“. Inzwischen finden sich im „völkisch-nationalistischen Personenzusammenschluss“ Ansätze von zahlreichen gängigen Verschwörungsmmythen bis hin zu Anlehnungen an die staatsfeindlichen Theorien der Reichsbürger und Selbstverwalter. Im Zuge der Corona-Pandemie griff dieser vor allem den als „Überschwörungserzählung“ fungierenden Mythos eines „Great Reset“ (dem „großen Neustart“) als vermeintlich globales Elitenprojekt auf.

Den „völkisch-nationalistischen Personenzusammenschluss“ verbindet inhaltlich seine demokratiefeindliche Grundhaltung und die daraus resultierende Feindschaft gegenüber den Regierungsparteien auf Bundes- und Länderebene mit einer ideologischen Fundamentalopposition zu den Corona-Schutzmaßnahmen. Insofern dient die gesundheitspolitische Debatte dem extremistischen Personenzusammenschluss innerhalb der AfD als „Türöffner-Thema“, um rechtsextremistische Positionen in den öffentlichen Diskurs einzubringen.

Die inhaltliche Umsetzung nimmt zum Teil sektiererische Formen an. Der Dissens zu den Corona-Schutzmaßnahmen im Bund und in den Ländern speist sich unter anderem aus einschlägigen pseudowissenschaftlichen Behauptungen und Halbwahrheiten. Diese reichen von einer bloßen Verharmlosung bis zur Leugnung des Corona-Virus. Dabei fordert der „völkisch-nationalistische Personenzusammenschluss“ für sich gerade die Teilhabe an der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung ein, die er Meinungsgegnern abspricht. Mitunter reklamiert der „völkisch-nationalistische Personenzusammenschluss“ auch einen vermeintlichen Anspruch auf Widerstandshandlungen, der rechtsmissbräuchlich aus dem Grundgesetz abgeleitet wird.

Im Berichtszeitraum haben sich dabei die Aktivitäten – von den virtuellen Netzwerken ausgehend – in die Realwelt ausgebreitet. Anhänger des „völkisch-nationalistischen Personenzusammenschlusses“ mobilisieren zur Teilnahme am entsprechenden Demonstrationsgeschehen, dokumentieren vor Ort und bereiten ihre Mitwirkung im Anschluss öffentlichkeitswirksam in den einschlägigen Internetdarstellungen auf. Hierbei kommt es zunehmend zu Überlappungen zwischen dem „völkisch-nationalistischen Personenzusammenschluss“ innerhalb der AfD und dem Spektrum der „verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ unter Einbindung der sogenannten rechtsextremistischen Mischszene. Die hieraus erwachsenden Kennverhältnisse auf landesweiter und insbesondere lokaler Ebene leisten einer weiteren Radikalisierung Vorschub und bilden die Grundlage zur Ermöglichung einer sich ausbreitenden Verächtlichmachung demokratischer Institutionen und Prozesse sowohl in den sozialen Netzwerken als auch „auf der Straße“.

Am 15. September 2021 organisierte der AfD-Kreisverband Paderborn eine Veranstaltung mit Björn Höcke als Hauptredner, der auch hier Verschwörungserzählungen verbreitete. So handele es sich bei Corona angeblich um eine „Inszenierung“ durch „die Medien“ im Interesse eines „globalistischen Establishments“: „[...] dann weiß man, dass hier ein neuer Überwachungsstaat aufgebaut werden soll. [...] Es gab niemals eine epidemische Lage nationaler Tragweite im Kontext Corona.“ Die Äußerungen zu den Regierungsparteien offenbaren sein Freund-Feind-Denken, mit dem er dem politischen Gegner ausschließlich negative Absichten unterstellt: „[...] das scheint mir so zu sein, als wenn die Feinde Deutschlands in der Regierung Deutschlands sitzen würden.“ Zudem äußerte er sich dezidiert fremdenfeindlich: „[...] Afghanen sind besonders anfällig für Kriminalität im Bereich Gewalt, Mord und Totschlag.“ Des Weiteren forderte Höcke „ein großangelegtes Remigrationsprogramm“, was eine verklausulierte Formulierung für die rechtsextremistische Parole „Ausländer raus“ darstellt.

Es besteht insgesamt eine erhebliche inhaltliche Anschlussfähigkeit des „völkisch-nationalistischen Personenzusammenschlusses“ an die Szene der verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates.

Allerdings ist zu berücksichtigen, dass der „völkisch-nationalistische Personenzusammenschluss“ in hohem Maße auf die Zielgruppe der bürgerlichen

Mitte fokussiert ist und insofern einen entsprechenden Habitus pflegt. Zugleich geben die Anhänger in den einschlägigen virtuellen Foren zunehmend die Zurückhaltung auf. Bislang hat allerdings zum einen die Diversität der „Corona-Protestler“-Szene und zum anderen die vergleichsweise geringe Zugkraft der Protagonisten des „völkisch-nationalistischen Personenzusammenschlusses“ vor Ort eine intensive Kooperation verhindert, die über eine punktuelle Zusammenarbeit hinausgeht.

Partei „Der III. Weg“



Die Partei „Der III. Weg“ vertritt ein ideologisch gefestigtes rechtsextremistisches Weltbild, das verschiedene Verschwörungsmymen beinhaltet, die sich zum Teil ergänzen. Dazu zählen vor allem antisemitische und geschichtsrevisionistische Stereotype.

Vor dem Hintergrund des völkischen Nationalismus ist auch die „Erzählung“ von der „Umvolkung“ beziehungsweise dem „Großen Austausch“ vorhanden. Verschwörungsmymen und Untergangsszenarien werden nicht offensichtlich propagiert, regelmäßig werden jedoch die bekannten Feindbilder in Zusammenhang mit der Krisensituation der Corona-Pandemie gebracht.

Die Corona-Pandemie und die durch die Bundes- und die Landesregierungen getroffenen Schutzmaßnahmen sind auch für diese Rechtsextremisten ein zentrales Thema. Die Pandemie wird von der Partei „Der III. Weg“ gezielt für die eigenen Zwecke instrumentalisiert. Im Fokus stehen hierbei insbesondere die demokratischen Strukturen in der Bundesrepublik Deutschland.

Die anhaltend negative Berichterstattung soll das Vertrauen in die Bundesregierung untergraben und die Zustimmung zu extremistischen Positionen in der Gesellschaft fördern.

Ein Grundsatzbeitrag auf der Webseite der Partei „Der III. Weg“ vom 3. April 2020 hatte den Titel: „Das System ist am Ende“. Darin sprach sich die Partei für „revolutionäre Veränderungen“ aus. Außerdem wurden Migranten, insbesondere Flüchtlinge, zu Sündenböcken erklärt.



Im Verlauf der Pandemie rief die Partei dazu auf, sich an den Protesten gegen staatliche Maßnahmen vor Ort zu beteiligen. An der von der Partei „Der III. Weg“ am 3. Oktober 2020 in Berlin durchgeführten Demonstration gegen die Corona-Schutzmaßnahmen nahm auch eine Gruppe von Parteiaktivisten aus Nordrhein-Westfalen teil. Bereits Ende 2020 nahmen Mitglieder von „Der III. Weg“ auch an Versammlungen der „Corona-Protestler“-Szene in Düsseldorf teil.

Seit Ende 2021 beteiligen sich Mitglieder der Partei „Der III. Weg“, vornehmlich Mitglieder des Stützpunktes Sauerland-Süd, auch an entsprechenden Veranstaltungen in den Städten Siegen und Olpe; allerdings ohne sich optisch als der Partei „Der III. Weg“ zugehörig darzustellen.

Im September 2021 war die rechtsextremistische Partei auch zur Bundestagswahl angetreten und erzielte ein Wahlergebnis von 7.832 (Null Prozent) Zweitstimmen. Der Wahlkampf fand unter dem Motto „Freiheit statt Corona-Diktatur“ statt. Dabei forderte die Partei: „Erst unser Volk, dann alle anderen. Erst unsere Heimat und dann die Welt!“.

Zum Jahreswechsel 2020/2021 startete die Partei „Der III. Weg“ ihre neue bundesweite Kampagne „Freiheit statt Corona-Impfzwang“, die sie auch weiterhin verfolgt. Im Rahmen dessen wurden und werden erneut die verfassungsfeindliche Haltung sowie die umfassende Ablehnung der Impfstrategie der Bundesregierung deutlich. Die Berichterstattung auf der Website der Partei fokussiert weiterhin die Thematik Corona und verschmilzt regelmäßig zur allgemeinen Delegitimierung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Deutlich wird diese Haltung („Das System hat keine Fehler! ES IST DER FEHLER!“ und „Das System ist gefährlicher als Corona!“) an den Flugblättern und Aufklebern mit Bezug zur pandemischen Lage, die die Partei auf ihrer Internetseite vertreibt.

Corona: Systemfehler – Flugblatt A6
Ab € 1,50
 Umsatzsteuerbefreit gemäß UStG §19
 zzgl. Versand

Impfpflicht verhindern! – Aufkleber lang
Ab € 3,50
 Umsatzsteuerbefreit gemäß UStG §19
 zzgl. Versand

Quelle: Internetseite der Partei „Der III. Weg“, abgerufen am 15.03.2022

Die Führungskader sehen in der Corona-Pandemie ein gesamtgesellschaftliches Konfliktfeld, von dem „Der III. Weg“ als extremistische Bewegung profitieren will. Beispielsweise nahmen Parteimitglieder, darunter der Vorsitzende des Landesverbands West und Stützpunkts Sauerland Süd, am 15. Januar 2022 an einer Demonstration in Olpe teil und führten ein grünes Banner mit weißer Aufschrift und dem Slogan „Ja zur Freiheit und Selbstbestimmung – Nein zur Corona-Diktatur! – Nein zur Impfpflicht und Bevormundung“ mit sich.

Auf der Internetseite der Partei werden „[a]lle Termine zu den Protesten gegen die Corona-Zwangmaßnahmen“, sortiert nach den einzelnen Bundesländern, aufgeführt. Illustriert wird die Übersicht der Protestversammlungen mit einer Karikatur. Diejenigen, die sich für eine Impfung gegen das Corona-Virus entscheiden, werden als Schafe dargestellt. Wer stattdessen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen protestiert und sich nicht impfen lässt, gilt als „schlauer Fuchs“.

Dabei weist die Partei eine organisatorische Verantwortung für die Protestversammlungen von sich: „Verantwortlich sind jeweils Bürger vor Ort, wir stellen hier nur eine Zusammenfassung zur Verfügung, sind aber nicht Organisator der jeweiligen Versammlungen beziehungsweise Spaziergänge.“



Quelle: Internetseite der Partei „Der III. Weg“, abgerufen am 15.03.2022

Die Partei versucht, an die öffentliche Diskussion um das Regierungshandeln während der Corona-Pandemie anzuknüpfen und populäre regierungskritische Positionen zu besetzen. Allerdings ist sie nicht bereit, die offenkundig rechtsextremistische Ideologie rhetorisch zu verharmlosen, um eine größere Anschlussfähigkeit zu erzielen.

So finden sich nur wenige ideologische Übereinstimmungen mit der heterogenen „Corona-Protestler“-Szene. Eine Anschlussfähigkeit ist daher – trotz der Teilnahme an vereinzelt Veranstaltungen der „Corona-Protestler“-Szene – nur bedingt gegeben.

Aufbruch Leverkusen e. V.



Im Jahr 2021 war die Kritik an den Corona-Schutzmaßnahmen von Bund, Land und Stadt das zentrale Thema von „Aufbruch Leverkusen e. V.“ Der rechtsextremistische Verein führte dazu mehrfach Kundgebungen durch und griff das Thema wiederkehrend im Stadtrat Leverkusens auf. Ein durchgehendes Argumentationsmuster ist dabei, den regierenden Parteien bei der Pandemiebekämpfung pauschal unlautere Absichten zu unterstellen und die Maßnahmen durch irreführende Vergleiche mit rassistischer Diskriminierung zu delegitimieren. So fasste der Verein eine Rede des Vorsitzenden Markus Beisicht auf einem „Bürgerstammtisch“ am 1. Oktober 2021 folgendermaßen zusammen:

„Unter dem Vorwand der Pandemiebekämpfung wollen die Leverkusener Altparteien zehntausende gesunde ungeimpfte Bürger dreist in einer Art von Impfapartheid vom gesellschaftlichen Leben ausschließen!“

Auch mit der Unterstützung von Protestveranstaltungen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen versuchte der Verein, Sympathie in diesem Protestmilieu zu gewinnen.

Seit Beginn der pandemischen Lage führt „Aufbruch Leverkusen e. V.“ in regelmäßigen Abständen Veranstaltungen in Leverkusen durch, die sich mit dem Thema „Ja zum Grundgesetz / Rückkehr zur Normalität / Wiederherstellung aller Grundrechte / Lockdown beenden / Freiheit statt Dauer-Lockdown“ befassen. Im Dezember 2021 meldete er diesbezüglich eigene Versammlungen an und konnte dazu bis zu 200 Teilnehmende mobilisieren.

Kritisiert werden „die völlig überzogenen Maßnahmen und Beschränkungen“ einschließlich „massiver Grundrechtseinschränkungen“. Auch kritisiert „Aufbruch Leverkusen e. V.“ „die schleppende Auszahlung der Corona-Hilfen“; man „könne diese Politik nur als absolutes Desaster bezeichnen“. „Aufbruch Leverkusen e. V.“ sieht sich als Gruppierung, die „außerparlamentarisch gegen die Corona-Politik Widerstand leistet und Ansprechpartner für viele Bürger ist, die unter der aktuellen Situation leiden“.

Da „Aufbruch Leverkusen e.V.“ bereits mit anderen Organisationen und Szenen kooperiert, ist eine grundsätzliche Anschlussfähigkeit an die „Corona-Protestler“-



Quelle: Beitrag auf dem Facebook-Profil von „Leverkusener für die Freiheit“, abgerufen am 14.02.2022

Szene gegeben. Bisher unterstützt „Aufbruch Leverkusen e.V.“ Veranstaltungen der „Querdenker“-Szene in Leverkusen, unter anderem mit Redebeiträgen und auch bei der Organisation.

Die Leverkusener „Initiative für die Freiheit“, die von „Aufbruch Leverkusen“ unterstützt wird, organisierte zum Thema „Gemeinsam überparteilich für unsere Grundrechte, Menschenrechte und Freiheit! – Leverkusen sagt Nein zur Impf-Apartheid und zum Ausschluss von zigtausend gesunden Ungeimpften aus dem öffentlichen Leben“ am 2. und 16. Dezember 2021 sowie am 6., 22. Januar und am 17. Februar 2022 Demonstrationen in Leverkusen. Hierfür wurde in den sozialen Medien und mit Flyern umfassend geworben.

Partei „Die Rechte“



Zu Beginn der Corona-Pandemie im März 2020 erklärte „Die Rechte“ in Dortmund, auf öffentliche Aktivitäten verzichten zu wollen, um nicht ungewollt das Corona-Virus weiter zu verbreiten. Ebenso sahen die Rechtsextremisten den Sinn und Zweck von staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen prinzipiell ein. Erst während des ersten Lockdowns im Mai 2020 änderten die Rechtsextremisten ihre Position und begannen nun, die Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen zu unterstützen. Der Bundesverband der Partei rief am 6. Mai 2020 seine Mitglieder dazu auf, Einfluss auf die Protestversammlungen zu nehmen: „Mittendrin statt nur dabei – die Corona-Proteste aktiv mitgestalten!“ Auch im Jahr 2021 setzte sich diese Haltung fort. So wurde beispielsweise auf der Internetseite und den Social-Media-Kanälen der Partei regelmäßig zur Teilnahme an Protestveranstaltungen aufgerufen. Gleichmaßen wurden auf der Internetseite der Partei Beiträge veröffentlicht, die sich inhaltlich mit dem Protestgeschehen auseinandersetzen. Hierbei wird durch die Verwendung typischer Schlagworte wie „Corona-Diktatur“ versucht, an die staatskritische bis staatsfeindliche Haltung des Protestspektrums anzuknüpfen.

In Nordrhein-Westfalen nahmen Parteimitglieder immer wieder an Veranstaltungen teil, die sich gegen die Corona-Schutzmaßnahmen richteten. In diesem Rahmen traten die Parteiangehörigen eher als Mitläufer auf und hoben sich beispielsweise durch ihre Kleidung kaum von anderen Versammlungsteilnehmern

ab.



Quelle: Beitrag auf dem Telegram-Kanal der Partei „Die Rechte“, abgerufen am 27.12.2021



Quelle: Beitrag auf dem Telegram-Kanal der Partei „Die Rechte“, abgerufen am 22.02.2022

Lediglich im Februar 2022 konnte eine außenwirksame Teilnahme an einer Protestveranstaltung in Dortmund festgestellt werden. Dort bildeten Parteiaktivisten einen eigenen Block und führten ein Banner mit, das jedoch keine Parteisymbole zeigte. Eine strukturelle Zusammenarbeit zwischen der Partei „Die Rechte“ und dem übrigen Protestspektrum ist hingegen bisher nicht erkennbar. Auch eine erfolgreiche Einflussnahme auf die Proteste blieb bisher aus.

Seitens der Partei „Die Rechte“ wird immer wieder versucht, Anschluss an die „Corona-Protestler“-Szene zu finden. In einer Veröffentlichung mit dem Titel „Die Diffamierung der Corona-Proteste“ vom 28. Februar 2022 auf der Internetseite der Partei wird versucht, die gemeinsamen regierungskritischen Positionen hervorzuheben. Die Existenz des Virus oder die Pandemie als solche werden in dem Beitrag jedoch nicht infrage gestellt. Darin heißt es:

„Obwohl die Proteste fast ausschließlich friedlich ablaufen, werden sie von der Presse und etablierten Politikern häufig als vermeintliche Rechtsextreme, Schwurbler und Verschwörungstheoretiker diffamiert, obwohl die Teilnehmer der Aktionen quer aus allen Gesellschaftsschichten kommen und die politische Gesinnung des Einzelnen keine Rolle spielt.

[...]

Wir hoffen, dass die Bürger, die das Vertrauen in die Politik verloren haben und ihre Freiheit zurückerlangen wollen, sich durch diese Worte nicht abschrecken lassen und auch weiterhin friedlich, aber entschlossen, gegen diesen Wahnsinn aufstehen!

Auf die Straße! Gegen Impfpflicht und Spaltung!“⁷

Die Partei versucht insoweit, unter den Umständen der Corona-Pandemie populäre regierungskritische Positionen zu besetzen. Daneben finden sich nur wenige inhaltliche Übereinstimmungen mit der „Corona-Protestler“-Szene. Eine Anschlussfähigkeit ist daher nur bedingt gegeben.

⁷ Quelle: <https://die-rechte.net/lv-nordrhein-westfalen/kv-rhein-erft/die-diffamierung-der-corona-proteste/>

Dies verkündete die Partei zuletzt am 9. März 2022 in einem Beitrag mit dem Titel „Wie DIE RECHTE plötzlich zum Mitorganisator der Corona-Proteste wurde...“ auf ihrer Internetseite sowie in diversen Telegram-Kanälen. In dem Bericht wird inhaltlicher Bezug genommen auf Erklärungen verschiedener politischer Parteien in den kommunalen Stadträten, wonach teilweise Protestversammlungen nicht angemeldet würden und kritisiert würde, dass Rechtsextremisten



Quelle: Beitrag auf der Internetseite der Partei „Die Rechte“, abgerufen am 09.03.2022

ebensolche Versammlungslagen (zum Beispiel sogenannte Montagsspaziergänge) „mitorganisieren, unterstützen und missbrauchen“ würden. „Die Rechte“ negiert diese Behauptung, vielmehr behauptet sie, dass die Partei „zu der Unterstützung der Proteste auf[ruff] und unsere Mitglieder auch teilweise an diesen teilnehmen“. Dies würde aber „noch lange nicht [heißen], dass unsere Partei ein Mitorganisator der Protestversammlungen ist, geschweige denn diese beeinflussen oder missbrauchen würde.“

Aus dem Umfeld des Gelsenkirchener Kreisverbandes der Partei „Die Rechte“



entstand Ende 2020 das Projekt „Gemeinschaft FreiVest“, das sich abseits von Parteipolitik mit den Themen „Prepping, Krisenvorbereitung, Politik“ beschäftigt. Seit Bestehen wurden wenige Beiträge mit Bezug zur pandemischen Lage auf den Onlinepräsenzen veröffentlicht. Neben der kritischen

Auseinandersetzung mit den politischen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie kündigte die Gruppierung auf ihrer Internetseite an, medizinische Gesichtsmasken (Typ 2) an aus ihrer Sicht Bedürftige zu spenden: „Wir haben uns von der „Gruppe FreiVest“ entschieden, Masken des „TYP 2“ normale Medizinische Maske (Steril) kostenlos an Bedürftige zu verschenken beziehungsweise zu

versenden.“ Weitere Ausführungen, wer im Sinne der Gemeinschaft als bedürftig gilt, wurden nicht gemacht. Auch erfolgte keine weitere „Erfolgsmeldung“ dazu, ob beziehungsweise wie die Aktion angenommen wurde.

Eine der wenigen realweltlichen Aktionen mit Außenwirkung und Berichterstattung in der örtlichen Presse ist der sogenannte „Spaziergang“ gegen die staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen am 1. August 2021 in Gelsenkirchen. Nach eigener



Quelle: Internetseite der „Gemeinschaft FreiVest“, abgerufen am 15.09.2021

Berichterstattung der Gruppierung wurde dabei „ein wichtiges Zeichen gegen die fortlaufenden und anhaltenden Corona Maßnahmen und Einschränkungen im Öffentlichen Leben [...] [gesetzt]“. Insgesamt sollen sich ca. 15 Personen an der Aktion beteiligt haben, darunter sollen als Redner „Kevin von PEGIDA und Claus Cremer von der NPD-NRW“ aufgetreten sein. Ein ursprünglich für den 28. August 2021 geplanter zweiter Spaziergang wurde nicht durchgeführt.

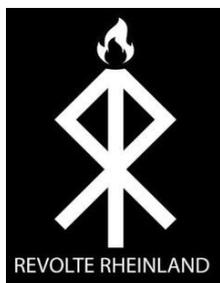
Insgesamt kann die Nutzung öffentlicher Kanäle, gerade auch im Hinblick auf die Positionierung in Bezug auf die staatlichen Corona-Maßnahmen durch die Gruppierung, als restriktiv eingeschätzt werden. Die beworbenen Aktionen entfalteten eine, wenn überhaupt, nur geringe Außenwirkung und entfalteten keine Mobilisierungsfähigkeit oder folgende Aktionen.

Von dem Kreisverband Gelsenkirchen/Recklinghausen der Partei „Die Rechte“ waren keine eigenen Aktionen oder Publikationen gegen die staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen zu verzeichnen.

Neue Rechte

Aus dem Umfeld der sogenannten „Neuen Rechten“ – hier insbesondere die „Identitäre Bewegung“ (IB) – beteiligten sich Gruppierungen und Personen an Versammlungslagen gegen die staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen. In diesem Kontext wurde die Reichweite virtueller Kanäle (zum Beispiel Instagram, Telegram, Facebook) zur Mobilisierung und Dokumentation entsprechender Veranstaltungen genutzt. Darüber hinaus konnten vereinzelt Handlungen außerhalb der Versammlungslagen mit thematischem Bezug zum Umgang mit COVID-19 festgestellt werden.

Die IB ist in Nordrhein-Westfalen hierbei realweltlich nicht eigenständig in Erscheinung getreten. Personen aus dem Umfeld dieser haben sich jedoch in verschiedenen Gruppierungen zusammengeschlossen, um in Bezug zu Aktionsformen, die in ihrer Art an die IB angelehnt sind, ideologisch abgeleitete Botschaften darzustellen und Aufmerksamkeit zu erzielen. Auf dem Telegram-Kanal der „Identitäre Bewegung NRW“ nahm die Thematik COVID-19 eine untergeordnete Rolle ohne konkrete Bezugnahme zur Lage in Nordrhein-Westfalen ein.



Die meisten Aktivitäten IB-naher Gruppierungen wurden bei der sogenannten „Revolte Rheinland“ festgestellt. Im Zeitraum November 2021 bis Januar 2022 beteiligte sich die Gruppe wiederholt mit eigenen Bannern an Demonstrationen in

Düsseldorf (drei Teilnahmen) und in Bonn (eine Teilnahme). Mit ihren Botschaften auf den Bannern verfolgt die Gruppe politische Ziele, wie zum Beispiel das Ablehnen von „Impfzwang und Maßnahmenterror“ oder einer Veränderung der Gesundheitspolitik durch „Brechung der Macht der Pharma-Großkonzerne“.



Quelle: Beitrag auf dem Instagram-Profil der Revolte Rheinland, abgerufen am 28.11.2021

Am 8. Januar 2022 löste die „Revolte Rheinland“ eine Richtungsdebatte in Teilen der „Neuen Rechten“ aus, indem sie ein Hochbanner mit der Botschaft „Die Krise heißt Kapitalismus“ bei der Demonstration in Düsseldorf mitführte.

Zuletzt führten selbsternannte Aktivisten der „Revolte Rheinland“ eine Flyer-Verteilaktion mit dem Titel „Jugend gegen Impfzwang“ am 23. Februar 2022 in Siegen durch.



Quelle: Beitrag der Revolte Rheinland auf ihrem Telegram-Kanal, abgerufen am 24.02.2022

Nach Einschätzung der Gruppe seien die derzeitigen Protestveranstaltungen von temporärer Dauer, weswegen die Kritik an Impfungen und Lockdowns vor Ablauf der Proteste in eine tiefgreifende Systemkritik überführt werden müsse. Die Gruppe identifiziert sich mit einem identitären Weltbild, aus dem sich ein positives Bekenntnis zu „ihrem Volk und ihrer Nation“ als Abstammungsgemeinschaft ergibt. Ihre Mitglieder bekennen sich offen dazu, Ethnopluralisten zu sein.

Die „Revolte Rheinland“ ist bundesweit online mit anderen ihr ähnlichen Gruppen vernetzt und interagiert mit diesen durch das Teilen von Aufrufen oder Inhalten auf Social-Media-Plattformen.

Am 17. Dezember 2021 führte die „Revolte Rheinland“ eine „Kunstaktion“ in Koblenz und Neuwied durch, in deren Rahmen sie Puppen mit maßnahmenkritischen Botschaften unter anderem vor einer Liegenschaft der SPD niederlegte.



Quelle: Beitrag auf dem Instagram-Profil der Revolte Rheinland, abgerufen am 17.12.2021

Bei den Veranstaltungen der Gruppe konnte wiederholt die Teilnahme der bekannten IB-Aktivistin Reinhild B. festgestellt werden. Mit ihrer aus der IB hervorgegangenen Gruppe „Lukreta“ beteiligte sie sich maßgeblich an der Protestveranstaltung „Freiheit! Kein Impfzwang für Kinder“ am 16. Dezember 2021 auf der Wiese vor dem nordrhein-westfälischen Landtag.



Quelle: Beitrag auf dem Instagram-Profil der „Jungen Alternative NRW“ vom 16.12.2021, abgerufen am 16.12.2021

Im digitalen Raum veröffentlicht B. sowohl auf ihren privaten Kanälen als auch auf Kanälen ihrer Gruppen Beiträge und Aufrufe, die in Zusammenhang mit dem Protest gegen die staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen stehen.

Subkulturell geprägter Rechtsextremismus

Vereinzelt nehmen Akteure der subkulturell geprägten Rechtsextremismus-Szene an Protestveranstaltungen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen teil. Auch ein ehemaliger Protagonist der inzwischen verbotenen Organisation „Combat 18 Deutschland“ nahm in den Wintermonaten 2021/2022 regelmäßig an den sogenannten „Spaziergängen“ in unterschiedlichen Städten teil, unter anderem in Dortmund-Huckarde oder in Castrop-Rauxel.

Ebenso wie im Jahr 2020 fanden im Jahr 2021 und Frühjahr 2022 kaum rechtsextremistische Konzerte oder andere Musikveranstaltungen statt. Auf musikalische Großveranstaltungen oder Festivals wurde aufgrund der Corona-Schutzmaßnahmen gänzlich verzichtet.

Nachdem der rechtsextremistische Musiker, YouTuber und Versandhändler Frank K. aus Nordrhein-Westfalen auf seinem Videokanal „Der Dritte Blickwinkel“ bereits im vergangenen Berichtsjahr die Kampagne „Impfrebell“ verbreitete, veröffentlichte er Anfang des Jahres 2022 ein Lied, das für die sogenannten „Montagsspaziergänge“ wirbt. Dieses wurde unter anderem zusammen mit



Quelle: YouTube-Video „Hannes & Frank feat. Toni Tano - Steh endlich auf!“, abgerufen am 16.03.2022

Hannes O., Sänger der rechtsextremistischen Band „Kategorie C“, aufgenommen und hat den Titel „Steh endlich auf!“. In dem Lied wird zudem das Regierungshandeln als gezieltes Agieren der Eliten zur Unterdrückung des Volkes dargestellt. So heißt es beispielsweise:

„Die rote Linie ist schon lange überschritten [...] Was bliebe von uns nur, wenn wir ihre Lügen glauben, während sie uns hier und jetzt die Zukunft rauben; ein weiterer Versuch, bei ihrem Experiment, weltweit versklavt und die Welt sie brennt. Stehe auf, solange du noch kannst! [...] Die Politik kriegt Angst vor dem eigenen Volk. [...]“

In der neu geschaffenen Online-Präsenz des Rechtsrock-Magazins „Rock Hate“ hat eine szenebekannte Rechtsanwältin in einem Artikel rechtliche Hinweise gegeben, wie durch die Veranstaltung sogenannter „Spaziergänge“ ein Demonstrations-Charakter und damit ein Verbot umgangen werden kann. Zusätzlich werden Tipps aufgeführt, wie Personen sich gegenüber der Polizei verhalten sollen, um Bußgeldverfahren in diesem Zusammenhang zu vermeiden.

Generell ist festzustellen, dass das Magazin „Rock Hate“, welches sich zwar im Großteil seiner Artikel mit der rechtsextremistischen Musikszene befasst, häufig auch eine kritische Haltung gegenüber den Corona-Schutzmaßnahmen der Bundesrepublik Deutschland einnimmt. Beispielsweise werden im entsprechenden Telegram-Kanal des Magazins Beiträge der sächsischen Partei „Freie Sachsen“ oder der Partei „Der III. Weg“ verlinkt, geteilt und beworben.

Rechtsextremistische Mischszene

Auch im Jahr 2021 war die Auseinandersetzung mit den staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen ein zentrales Thema für die rechtsextremistische Mischszene. Dabei ging es ihr nicht um eine Kritik an einzelnen Maßnahmen, sondern man versuchte die Legitimität staatlichen Handelns generell zu bestreiten und das heterogene Protestmilieu zu einem Widerstand gegen „das System“ zu radikalisieren. „NRW stellt sich quer“ beispielsweise rief dazu auf, „zur Demo am Reichstag gegen das System“ am 20. März 2021 nach Berlin zu kommen. Ferner versuchten einige Akteure, mit Fake-News die Öffentlichkeit zu verunsichern. So veröffentlichte die Gruppierung „Mönchengladbach steht auf“ per Telegram am 11. April 2021 folgende Botschaft: „Der #Impfstoff als Todesfalle - vorhersehbar und wissenschaftlich belegt. Die #Impfkampagne als Aufruf zum kollektiven Selbstmord.“

„Pegida NRW“ verbreitete in seinem Videoaufruf zur Versammlung am 12. Dezember 2021 in Duisburg folgende Auffassung, mit der Impfungen gegen Corona abgelehnt werden: „Durch Corona und durch die Impfung wird unsere deutsche Kultur angegriffen und von innen heraus zersetzt.“

Des Weiteren setzen Akteure der rechtsextremistischen Mischszene in ihrer Agitation das Regierungshandeln mit dem des nationalsozialistischen Regimes gleich, um die Bundes- und Landesregierungen pauschal zu diskreditieren und ihnen ihre Legitimation abzuspochen. So mobilisierte „Mönchengladbach steht auf“ zu einer

Demonstration am 21. April 2021 in Berlin unter dem Titel „Ermächtigungsgesetz stoppen“. Die Protestversammlung richtete sich gegen die Verabschiedung des Infektionsschutzgesetzes im Deutschen Bundestag. Der Begriff „Ermächtigungsgesetz“ bezeichnet das am 24. März 1933 vom Reichstag beschlossene „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“, mit dem die Gewaltenteilung aufgehoben wurde und die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur begann.

Bemerkenswert war 2021 ein Musikvideo, das gemeinsam vom Sänger der rechtsextremistischen Band „Kategorie C“, Hannes O., und einem bekannten deutschen Popsänger produziert wurde. Letzterer hat in den vergangenen Jahren über seine Social-Media-Kanäle zunehmend Verschwörungsmymen und Reichsbürger-Ideologien verbreitet. In dem Lied leugnen sie die Existenz der Pandemie. Die „Steeler Jungs“ beteiligten sich an dem Video als Statisten und inszenierten sich als vermeintlich „starke Männer“. Einige Szenen des Videos wurden an einer Örtlichkeit in Essen gedreht, wo ein Teil der „Steeler Jungs“ verkehrt. Der Titel „Deutschland krempelt die Ärmel hoch“ spielt auf das Motto der Impfkampagne der Bundesregierung an, verdreht den Sinn jedoch ins Gegenteil und möchte Kritik an den Corona-Schutzmaßnahmen durch Widerstandsrhetorik zur Systemfeindschaft radikalieren. So werden die Regierenden als „Feinde“ diffamiert und rechtsstaatliche Verfahren als „Waffen“ gegen die eigene Bevölkerung delegitimiert. Im Liedtext heißt es:

*„der Widerstand darf nicht wieder ruhen/ Deutschland krempel Deine Ärmel hoch/
Deine Feinde machen ernst/ Ihre Waffen sind Gesetz und Verbot/ wird Zeit, dass ihr
das endlich lernt, dass ihr das endlich lernt.“*

Gruppierungen wie „NRW stellt sich quer“ riefen dazu auf, sich unangemeldeten Protestversammlungen anzuschließen. Zudem beteiligte sich die rechtsextremistische Mischszene wiederkehrend an Versammlungen, auf denen gegen die COVID19-Schutzmaßnahmen protestiert wurde. Bei den zahlreichen Protestversammlungen, die im Jahr 2021 in Düsseldorf stattfanden, nahmen unregelmäßig, aber wiederholt Mitglieder der „Bruderschaft Deutschland“ und „Hooligans Europe United“ teil. In Essen beteiligten sich an einigen Protestversammlungen einzelne Mitglieder der „Steeler Jungs“ und in wenigen Fällen auch der „Bruderschaft Deutschland“. „NRW stellt sich quer“ lief bei mehreren

sogenannten „Spaziergängen“ mit, unter anderem am 29. Dezember 2021 in Gelsenkirchen.

In einzelnen Fällen waren Angehörige der rechtsextremistischen Mischszene auch an Auseinandersetzungen beteiligt. Am 2. Januar 2021 nahm eine Kleingruppe der „Bruderschaft Deutschland“ an einer Protestversammlung in Bochum teil. Dabei gab es eine Auseinandersetzung mit Gegendemonstranten. Bei der Folgeveranstaltung am 9. Januar 2021 an gleichem Ort stellte die Polizei rund 35 Angehörige der „Bruderschaft Deutschland“ fest und erteilte ihnen Platzverweise. In Düsseldorf liefen Mitglieder von „Mönchengladbach steht auf“ und der „Bruderschaft Deutschland“ am 17. April 2021 bei einer Demonstration mit. Eine Führungsperson der Düsseldorfer Gruppierung verübte dabei Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte.

Reichsbürger- und Selbstverwalterbewegungen

Inhaltlicher Konsens der Reichsbürgerbewegungen sind Behauptungen, wonach das Deutsche Reich in den Grenzen des Kaiserreichs von 1871 beziehungsweise der 1930er Jahre weiterhin existiere und dass der Bundesrepublik Deutschland die rechtliche Legitimation fehle. Vielmehr sei die Bundesrepublik eine „GmbH“ und die Behörden deshalb nur „Scheinbehörden“. Zum Teil wird von „Reichsbürgern“ die Behauptung aufgestellt, dass eine von ihnen geführte kommissarische Reichsregierung die Staatsgewalt ausübe. Daraus leiten sie für sich hoheitliche Befugnisse ab.

Vor diesem Hintergrund wird in Teilen der Reichsbürgerbewegung unter anderem die Behauptung aufgestellt, dass zum Beispiel das S.H.A.E.F. weiterhin aktiv sei und die entsprechenden Gesetze noch immer Gültigkeit besäßen. Die Abkürzung S.H.A.E.F. steht für „Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force“ (dt. „Oberkommando der alliierten Streitkräfte“) und war während des Zweiten Weltkrieges ab Ende des Jahres 1943 bis Juli 1945 die Bezeichnung des Hauptquartiers der alliierten Streitkräfte in Nordwest- und Mitteleuropa. S.H.A.E.F.-Anhänger erkennen die gültige Rechtsordnung nicht an, da ihrer Ansicht nach die Bundesrepublik Deutschland weiterhin ein besetzter Staat sei.



Die Selbstverwalterbewegung knüpft dagegen in ihrer Argumentation nicht an eine staatliche Autorität an. Sie beruft sich auf ein selbst definiertes Naturrecht, wonach die Anhänger als Individuen eigene Hoheitsrechte besäßen.

Die Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter lässt sich in drei Motivgruppen unterteilen: Rechtsextremisten, Verschwörungsmythiker und Personen, die sich finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Staat entziehen möchten. Im Einzelfall können sich die Motivlagen mischen.

Die zunächst in der virtuellen Welt verbreiteten Ansichten finden zunehmend Zugang in der realen Welt. Seit Beginn der Proteste gegen die Regierungsmaßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie nehmen Reichsbürger und Selbstverwalter an Veranstaltungen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen teil, weil sie hoffen, dort ihre eigenen Ideologien verbreiten zu können. Zudem fühlen sie sich durch die dort verbreiteten Verschwörungsmysmen angezogen.

Neben der Teilnahme an Demonstrationen wird auch auf anderen Wegen versucht, eine Beeinflussung vorzunehmen. So sind zum Beispiel an Schulen und sogar Tierheimen in Nordrhein-Westfalen Schreiben mit zum Teil Drohcharakter und Hinweisen eingegangen, die entsprechenden „S.H.A.E.F.-Gesetze“ zu befolgen und die staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen abzulehnen. Den bestehenden Pandemiebestimmungen könne sich rechtlich entzogen werden bei Anschluss an die diversen Reichsbürger-Bewegungen, wie zum Beispiel der „S.H.A.E.F.-Anhängerschaft“.



Quelle: Internetseite der S.H.A.E.F.-Anhängerschaft“, abgerufen am 16.03.2022

Die Reichsbürgergruppierung „Verfassunggebende Versammlung“ (VV), die aktuell ca. 125 Mitglieder in Nordrhein-Westfalen zählt, hat auf ihrer Internetseite mehrfach zu Bürgerversammlungen zum Thema Corona-Pandemie eingeladen, die unter anderem in öffentlichen Parks in Bonn, Gelsenkirchen oder Mülheim an der Ruhr stattfanden.

Darüber hinaus versuchte die VV das Thema Distanz-Lernen aufzugreifen. Mit einem Online-Schulprogramm unter dem Namen „BSD-Schule“ (die Abkürzung BSD steht laut der Gruppierung für „Bildung Spielend Downloaden“, dürfte aber nicht zufällig auch mit der Abkürzung „Bundestaat Deutschland“ übereinstimmen), sollten Interessierte gewonnen werden, um extremistisches Gedankengut bei Kindern, Jugendlichen und deren Eltern zu verbreiten.

Bislang ist in Nordrhein-Westfalen lediglich ein Fall bekannt, in dem eine Familie das Kind von der Schule abmelden wollte, um es an der „BSD-Schule“ unterrichten zu lassen.

3.2 Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“

Mit der weltweiten Corona-Pandemie hat sich seit nunmehr über zwei Jahren ein Protestgeschehen etabliert, das von Heterogenität und Fluktuation geprägt ist. In Teilen gehen die Proteste weit über die grundlegend geschützten Verfassungsgüter wie Demonstrationsrecht und Meinungsfreiheit hinaus und äußern sich in der Sache und durch einzelne Akteure mittels Desinformation, Verschwörungsmythen und teilweise mit Gewalt, womit der Versuch unternommen wird; die freiheitliche demokratische Grundordnung (FDGO) zu delegitimieren.

Aus diesem Grund hat der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen den im Verbund abgestimmten Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ beziehungsweise das daran anknüpfende Sammel-Beobachtungsobjekt „Demokratiefeindliche und/oder sicherheitsgefährdende Delegitimierung des Staates“ eingerichtet. Das ermöglicht eine Beobachtung der dort anzusiedelnden Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung nach § 3 Abs.1 Nr.1 VSG NRW.

Die dynamische Entwicklung der Corona-Pandemie hat zur Folge, dass sich innerhalb der relevanten „Corona-Protestler“-Szene im Laufe der Zeit signifikante Veränderungen ergeben haben, die es erforderlich machen, die Entwicklungen und Strukturen vom Anfang der Pandemie bis zum heutigen Stand zu erklären und zu veranschaulichen.

Der Anfang: Querdenken-Initiative und Corona-Rebellen

Den Schwerpunkt in dem Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ bildeten seit Einrichtung dieses Beobachtungsobjektes die nordrhein-westfälischen Ableger der „Querdenken-Initiative“ und weitere Bewegungen der „Corona-Protestler“, hier insbesondere die „Corona Rebellen Düsseldorf“.

Bei den „Querdenken-Initiativen“ und „Corona-Protestlern“ handelte es sich anfangs um lose Personenzusammenschlüsse, die ein gemeinsames Ziel verfolgten: Sie bauten unter einzelnen, mittlerweile bundesweit bekannten Führungspersonlichkeiten wie Michael Ballweg und Bodo Schiffmann eine strukturierte Protestorganisation unter der maßgeblichen Idee der ersten „Querdenken-Initiative 711“ aus Stuttgart

auf. Diese allmähliche Durchstrukturierung des Protestgeschehens hatte zur Folge, dass sich bundesweit Ableger unter dem Namen „Querdenken + jeweilige Telefonvorwahl“ bildeten. In Nordrhein-Westfalen entstanden bis Mitte 2021 laut eigenen Angaben 16 „Querdenken-Initiativen“, die bedeutsamste darunter war „Querdenken 211“ aus Düsseldorf. Alle Initiativen nutzten die gleichen Logos und nahezu gleich gestaltete Internetseiten, sowie Twitter-, Telegram-, Facebook- und Instagram-Kanäle, die zur Diskussion, zum Austausch, zur Abstimmung und zur Dokumentation von Demonstrationsveranstaltungen genutzt wurden.

Die Vernetzung unter den Organisatoren verlief anfangs der pandemischen Lage ähnlich wie in einem Unternehmen. So telefonierte der „Querdenken 203“-Gründer Stefan Brackmann aus Duisburg laut eigenen Angaben täglich mit Michael Ballweg, dem Gründer der ersten „Querdenken 711“-Organisation aus Stuttgart, um sich über die aktuellen Entwicklungen und Aktionen auszutauschen. Darüber hinaus wurden lokale Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen, wie beispielsweise regelmäßige Autokorsos, von Organisatoren der „Querdenken 711“-Organisation aus Stuttgart angemeldet. Als Leiter dieser Autokorsos fungierte dann Michael Schele, der zudem Regionalleiter von „Querdenken 231“ aus Dortmund war.



Parallel zu dem Entstehen dieser Initiativen bildeten sich weitere lokale Protestorganisationen, in Nordrhein-Westfalen insbesondere die „Corona Rebellen Düsseldorf“ (CRD). Auch hier zeigte sich eine Entwicklung von anfänglichen, losen Proteststrukturen hin zu einer organisatorischen Professionalisierung. So traten schon frühzeitig im Sommer 2020 szenebekannt Redner bei Veranstaltungen in Düsseldorf auf. Es wurden zeitweise Veranstaltungen mit über 1.500 Teilnehmenden durch die CRD geleitet und durchgeführt. Zunehmend konnten bei diesen Veranstaltungen bereits im Jahr 2020 Akteure verschiedener rechtsextremistischer Gruppierungen, wie die der rechtsextremistischen Mischszenen zugehörigen „Bruderschaft Deutschland“ und den aus Essen stammenden „Steeler Jungs“ sowie der „Identitären Bewegung“ (IB) festgestellt werden.

Als markanten Zeitpunkt innerhalb des Protestgeschehens um die Corona-Pandemie sind der 28. und 29. August 2020 zu nennen. Im Zusammenhang mit einer

Großdemonstration kam es zu der Erstürmung und Besetzung der Reichstagstreppen in Berlin, die eine bundesweite mediale Resonanz erzeugte. Auch die CRD waren an dieser Aktion beteiligt. So stehen Aktivisten der CRD auf den Reichstagstreppen Schulter an Schulter mit bekannten Rechtsextremisten, wie der Führungsperson von „Mönchengladbach steht auf“, Dominik R..

Durch den bislang wellenartigen Verlauf der Corona-Pandemie ist auch immer wieder die Zahl der Teilnehmenden angestiegen und gefallen. Dies hatte zur Folge, dass zeitweise die „Querdenken-Initiativen“ und CRD eine Phase des kurzweiligen Bedeutungsverlustes erfuhren. Diese Entwicklung hat, ebenso wie die Erhebung von „Querdenken“ und den CRD zum Beobachtungsobjekt des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, zu einem Strukturwandel innerhalb des Corona-Protestgeschehens beigetragen. Darüber hinaus hatten auch interne Streitigkeiten zwischen Organisatoren sowie das Aufkommen des Verdachtes der Veruntreuung großer Summen an Spendengeldern Einfluss darauf, dass das Protestmilieu misstrauisch gegenüber den bestehenden Strukturen und Organisationen wurde. Dies führte letztlich zu einer Verselbständigung des Protestmilieus und -geschehens. Unterstützend wirkten dabei insbesondere die bereits bestehenden sozialen Vernetzungen innerhalb der virtuellen Telegram-Gruppen, auf die zurückgegriffen werden konnte. Hierüber gelang es den nunmehr losen, regionalen Gruppierungen in kürzester Zeit, Protestveranstaltungen zu organisieren, neue Netzwerke aufzubauen und sich untereinander zu vernetzen. Übergeordnete zentrale Organisationsstrukturen waren somit überflüssig, um den Protest gegen die staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen auf die Straße zu bringen oder anderweitige Aktionen zu planen.

Die Weiterentwicklung: Eine sich verselbstständigende Protestkultur

Unter dieser Entwicklung verloren die „Querdenken-Initiativen“ und CRD massiv an Zulauf und Einfluss. Mit diesem Bedeutungsverlust einhergehend traten die bekannten Strukturen in den Hintergrund und sind heute nur noch vereinzelt als tragende Säule des Protestgeschehens einzuordnen. Stattdessen konnte im Verlauf des zweiten Halbjahres 2021 bis Anfang 2022 eine sich ausprägende, selbständig handelnde Protestkultur erkannt werden. Der Messenger-Dienst Telegram hatte hierbei eine maßgebliche Vernetzungs- und Organisationsfunktion: Über diverse

Kanäle und Gruppen wurden zunehmend Veranstaltungen koordiniert und abgesprochen.

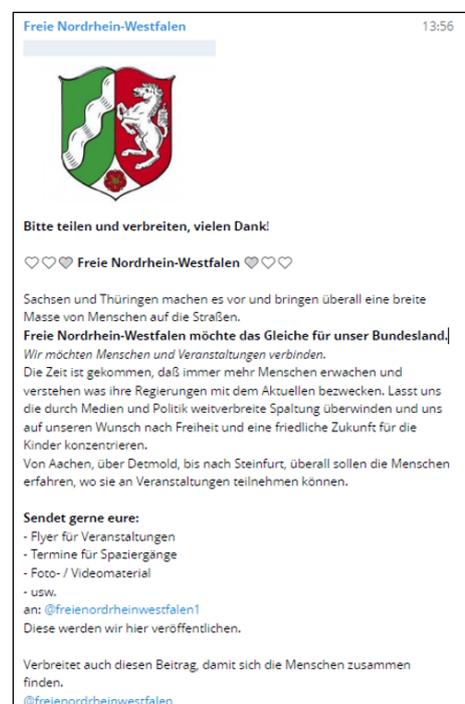
Diese Entwicklung wurde von einzelnen Akteuren innerhalb des Protestgeschehens erkannt und zügig ausgebaut. So fingen die „Freien Sachsen“, eine rechtsextremistische Partei aus Sachsen, an, sich als eine Art Zentralstelle zur Koordinierung des Protestgeschehens zu etablieren. Die Idee war, dass Einzelpersonen aus den unterschiedlichsten Städten und Gemeinden innerhalb Sachsens die eigene Protestveranstaltung (entweder angemeldete, unangemeldete oder spontan durchgeführte Versammlungen) mit Ort- und Zeitangaben in eine Protestversammlungsliste der „Freien Sachsen“ aufnehmen lassen konnten. Somit wurde eine Gesamtübersicht über das tägliche und anstehende Protestgeschehen in Sachsen geschaffen. Als gemeinsame Identifikation wurden die sogenannten Montagsspaziergänge eingeführt. Ziel war es, montags an vielen Orten in Sachsen gleichzeitig ein großes Personenpotenzial zu mobilisieren und die Sicherheitsbehörden (insbesondere Polizei und Ordnungsamt) zu überlasten. Tatsächlich hat sich dieses Vorgehen erfolgreich bundesweit etabliert. Als zahlenmäßiger Höhepunkt wurden am Montag, den 17. Januar 2022, bundesweit über 279.600 Teilnehmende festgestellt.

Auch in Nordrhein-Westfalen wurde diese Aktionsform der Auflistung sämtlicher Protestversammlungen aufgegriffen und durch die Telegram-Gruppe „Freie Nordrhein-Westfalen“ (Kanal: t.me/freienordrheinwestfalen) Anfang Dezember 2021 realisiert (am 14. März 2022 haben über 17.700 Personen den Hauptkanal abonniert). Aktuell gibt es keinen Hinweis auf personelle oder strukturelle Verbindungen zu der sächsischen Partei „Freie Sachsen“.

Ziel der Telegram-Gruppe ist es, „Menschen und Veranstaltungen [miteinander zu] verbinden“.

Beabsichtigen Personen, an

Protestversammlungen in ihrer Heimatstadt oder Region teilnehmen zu wollen, können sie die entsprechenden Daten von Protestveranstaltungen aus einer



Quelle: Erster Beitrag der Telegram-Gruppe vom 04.12.2021, abgerufen am 06.12.2021

bereitgestellten Protestliste der „Freien Nordrhein-Westfalen“ aufrufen. Die regionalen Telegram-Gruppen ermöglichen es, direkt mit Personen aus der eigenen Heimatregion in Verbindung zu treten und sich über die anstehenden Protestversammlungen zu informieren. Darüber hinaus wird in den diversen Telegram-Gruppen aufgerufen, Flyer, Bilder und Videos von den Protestversammlungen zu veröffentlichen.

Bewusst werden insbesondere die sogenannten „Spaziergänge“ nicht beworben beziehungsweise nicht angemeldet. Der Tenor dabei lautet: „Spaziergänge müssen nicht angemeldet werden“. In diesem Zusammenhang versuchen die selbsternannten „Montagsspaziergänger“ gänzlich auf Plakate, Trillerpfeifen, Sprachgesänge und Botschaften zu verzichten. Ein Versammlungsleiter gibt sich nur äußerst selten bis gar nicht zu erkennen. Durch dieses Vorgehen wird die Polizei bewusst zusätzlich belastet, da hier eine Antizipation geplanter, unangemeldeter Versammlungen erfolgen muss, was sich in der polizeilichen Praxis als schwierig darstellt.

Die landesweit größten Demonstrationen haben seit Beginn der Proteste in Düsseldorf stattgefunden. Mit Aufkommen der vierten Welle innerhalb der pandemischen Lage erhielten auch diese Demonstrationen in der Landeshauptstadt erneut einen großen Zulauf. Zwischenzeitlich bewegten sich die Teilnehmerzahlen im oberen vierstelligen Bereich. Maßgeblicher Organisator der Protestversammlungen in Düsseldorf ist eine Person, die als Teil der sogenannten „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO) ebenfalls die Versammlungen leitet. Die APO kann als eine Nachfolgeorganisation der „Querdenken 211“-Initiative betrachtet werden, ist jedoch nicht vergleichbar organisiert und strukturiert.

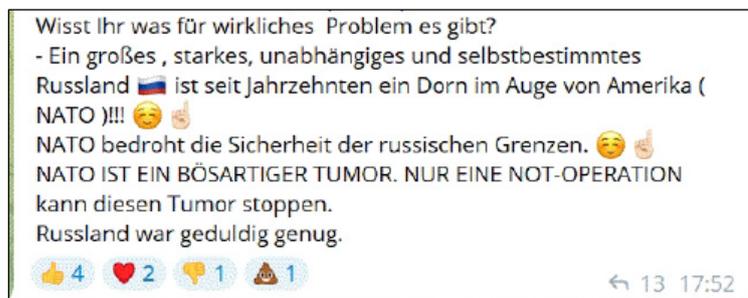
Insgesamt unterliegt die Entwicklung der Protestszene in Nordrhein-Westfalen seit 2020 einem stetigen Wandel. Während anfangs feste Organisationseinheiten und Initiativen die Proteste organisierten und den Diskurs beeinflussten, sind es derzeit vielmehr lose Telegram-Gruppierungen und Privatpersonen, die sich lokal zusammenfinden und größtenteils unangemeldete Versammlungen durchführen. Einzelne Organisationen, wie beispielsweise die APO in Düsseldorf konnten sich zwar regional etablieren und regelmäßige Protestversammlungen organisieren, allerdings erzielen sie keine bis kaum Resonanz über die Stadtgrenzen hinweg.

Hingegen stellt der Telegram-Kanal der „Freien Nordrhein-Westfalen“ eine Vernetzungsplattform von Demonstrationen und Aktionen in Nordrhein-Westfalen dar, aus der sich neue Netzwerke und gegebenenfalls sogar neue Organisationsstrukturen – auch realweltlich – etablieren können.

Diskurse und Narrative: Die Bindung an aktuelle politische Entscheidungen und Ereignisse

Seit Beginn der Proteste gegen die staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen ist eine starke Bindung des Protestgeschehens an aktuelle politische Entscheidungen und Ereignisse zu erkennen. Dabei weist das Protestmilieu eine gewisse Adaptionfähigkeit auf. Sowohl staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung der pandemischen Lage als auch aktuelle politische Ereignisse haben unmittelbar direkte Auswirkungen auf den weiteren diskursiven Verlauf des Protestgeschehens. Dabei werden Informationen durch das ständige Teilen und Verbreiten ergänzt, verändert und mit Verschwörungsnarrativen angereichert, wodurch das subjektive Weltbild „passend gemacht“ wird.

Ein Beispiel hierfür liefert der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine seit dem 24. Februar 2022. In einschlägigen im Delegitimierungs-Spektrum zu verortenden Telegram-Kanälen werden Videos und Bilder von Gefechten und militärischen Angriffen der russischen Streitkräfte eingestellt und pro-russisch kommentiert. Im Zentrum



Quelle: Beitrag auf dem Telegram-Kanal der „Corona Rebellen Düsseldorf“, abgerufen am 24.02.2022

steht das antiamerikanische Narrativ, wonach die NATO (oder auch häufig umschrieben mit „der Westen“) Russland zu dieser Entscheidung über Jahre hinweg provoziert hätte. Demnach habe Russland oder der russische Präsident Putin keinen anderen geopolitischen Ausweg gehabt, als auf die „westliche Bedrohungslage“ entsprechend militärisch zu reagieren. Es lassen sich hier Überschneidungen zwischen „Corona-Protestlern“ und Personen mit pro-russischer Einstellung erkennen.

Das disparate Milieu der „Corona-Protestler“ beinhaltet als großes ideologisches Fundament einen ausgeprägten Hang zu Verschwörungsmythen. Ein wiederkehrendes Narrativ ist dabei, dass die „westlichen Weltmächte“ versuchen würden, die Welt zu „unterjochen“, auch aufgrund von zum Beispiel Rohstoffinteressen. Nicht wenige verbreiten das Verschwörungsnarrativ, dass der Krieg als geplante Ablenkung oder sogenannte „False Flag“-Aktion inszeniert worden sei, um von den tatsächlichen Absichten der Regierung im Zusammenhang mit der pandemischen Lage abzulenken. Vermischt wird dieser Diskurs teilweise mit bekannten antisemitischen Verschwörungsnarrativen, wie zum Beispiel einer „jüdischen Weltverschwörung“ („New World Order“).

Der russische Präsident Putin ist in der Vergangenheit innerhalb dieses Milieus immer als ein „wahrer Anführer“ dargestellt worden, einer, der die Interessen seines Landes zu schützen vermag. Zuletzt war diese pro-russische Haltung deutlich bei der Entwicklung von Impfstoffen gegen das SARS-CoV-2-Virus zu erkennen.

Unter den „harten Impfgegnern“ herrschte eine gewisse Offenheit gegenüber dem russischen Vektor-Impfstoff „Sputnik V“. Einem in Russland entwickelten Impfstoff wurde mehr Legitimität zugesprochen als Impfstoffentwicklungen aus „dem Westen“.

Es zeigt sich, dass ein größeres Personenpotenzial innerhalb des Phänomenbereichs „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ das Agieren und auch die Politik des russischen Präsidenten befürwortet. Dabei werden zwei Narrative besonders sichtbar: Zum einen wird das mantraartige Narrativ Putins geteilt, sich aufgrund der angeblichen NATO-Osterweiterung zur Wehr setzen zu müssen. Demnach sei der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine eine logische Konsequenz westlicher Provokationen.

Es findet eine Verkehrung der politischen Verantwortung für den Krieg in der Ukraine statt: Der „Westen“ sei der Aggressor und Russland das Opfer.

Einige Personen der „Corona-Protestler“-Szene gehen dabei noch weiter und implementieren Verschwörungsmythen, um das Agieren Russlands zu rechtfertigen beziehungsweise vermuten hinter dem gesamten Krieg die Vorbereitung des

sogenannten „Great Reset“⁸, wie beispielsweise im Telegram-Kanal der „Corona Rebellen Düsseldorf“ verbreitet wird:

Ihm (Putin und Russland) wurde durch Kriegstreiberei und Drohungen mit Verlegung von Waffen und Soldaten an seine Grenzen der Krieg aufgezwungen. Die Ukraine war seit Maidan ein Marionettenstaat der USA. Wem spielt diese Agenda von jetzt einsetzender Hyperinflation und der kompletten Zerstörung der Weltwirtschaft in die Hände? Den Mächten die jetzt final den great reset durchsetzen können

Wer das in 2 Jahren Plandemie nicht verstanden hat, muss sich ernsthaft fragen warum er dann mit uns, die es verstanden haben auf die Straße geht



11:54

Quelle: Beitrag auf dem Telegram-Kanal der „Corona Rebellen Düsseldorf“, abgerufen am 24.02.2022

Zum anderen sind zunehmend in entsprechenden Telegram-Kanälen und Foren Narrative feststellbar, die sich gegen die weltweite Solidarität mit der Ukraine richten. Unter den „Corona-Protestlern“ kommt Unverständnis auf, weshalb für den Krieg in der Ukraine Menschen demonstrieren und auf die Straße gehen, jedoch die „Machenschaften“ der eigenen Regierung im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie ausklammern beziehungsweise nicht dagegen protestieren. Teilweise findet sogar eine Leugnung des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine statt.

Insgesamt führt der russische Angriffskrieg auf die Ukraine in den einschlägigen Kanälen und Gruppen der „Corona-Protestler“-Szene beziehungsweise unter den relevanten Akteuren des Phänomenbereichs „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ weit überwiegend zu einer Fortführung der pro-russischen beziehungsweise Pro-Putin-Einstellung unter Einbeziehung bekannter Narrative und Verschwörungsmysen. Die Situation wird in den Kontext der Corona-Pandemie und mitunter auch der vermeintlichen Pläne der „geheimen Weltelite“ (sogenannter „Deep State-Glaube“) implementiert, sodass sie ins eigene Weltbild passt.

Dieses Verhalten zeigt, dass aktuelle politische Ereignisse immer wieder in den Diskurs aufgenommen und mit bereits bestehenden Narrativen in Einklang gesetzt oder sogar vermischt werden. Dadurch wird eine Fortschreibung oder Weiterentwicklung von Verschwörungsmysen erreicht. Die Ereignisse scheinen in

⁸ Darunter wird ein Verschwörungsnarrativ verstanden, wonach „Eliten“ aus Politik und Finanzen für die pandemische Lage verantwortlich seien und diese für ihre eigene Agenda nutzen würden

das eigene „Weltbild“ eines drohenden „Great Resets“ oder der geplanten „Unterjochung der Menschheit“ zu passen.

Eine Analyse von CeMAS⁹ (Center für Monitoring, Analyse, Strategie gGmbH) der zehn reichweitenstärksten deutschsprachigen verschwörungsmythischen Telegram-Kanäle bezüglich ihrer Positionierung seit Ausbruch des RUS/UKR-Krieges am 24. Februar 2022 erbrachte folgende Ergebnisse:

Position	Telegram-Kanal	Abonnentenzahl (Stand: 14.03.2022)	Positionierung RUS/UKR-Krieg
1	reitschuster.de (@reitschusterde)	298.121	Positionierung gegen RUS
2	Eva Herman Offiziell (@EvaHermanOffiziell)	213.322	Pro-RUS
3	AUF1 (@auf1tv)	197.015	Pro-RUS
4	GemEINSam stark - JETZT (@jetztgemeinsamstark)	184.260	Keine Positionierung feststellbar (neutral)
5	Freie Medien (@FreieMedienTV)	176.330	Pro-RUS
6	Alles Ausser Mainstream (@AllesAusserMainstream)	167.682	Pro-RUS
7	Reiner Fuellmich (@ReinerFuellmich)	162.640	Pro-RUS
8	Oliver Janich öffentlich (@oliverjanich)	159.889	Positionierung gegen RUS ¹⁰
9	Freie Sachsen (@freiesachsen)	148.328	Pro-RUS
10	Ken Jepsen - Aufklärung und Information (@kenjepsen)	144.639	Pro-RUS

Die Mehrzahl (sieben von zehn) der Telegram-Kanäle positioniert sich pro-russisch und verbreitet entsprechende Desinformationen. Insgesamt erzielen die sieben Kanäle eine Reichweite von über 1,2 Millionen Abonnenten (zuzüglich weiterer Verlinkungen/Verbreitungen entsprechender Beiträge in anderen Telegram-Kanälen).

Corona-Protstgeschehen mit Bezug zum öffentlichen Dienst

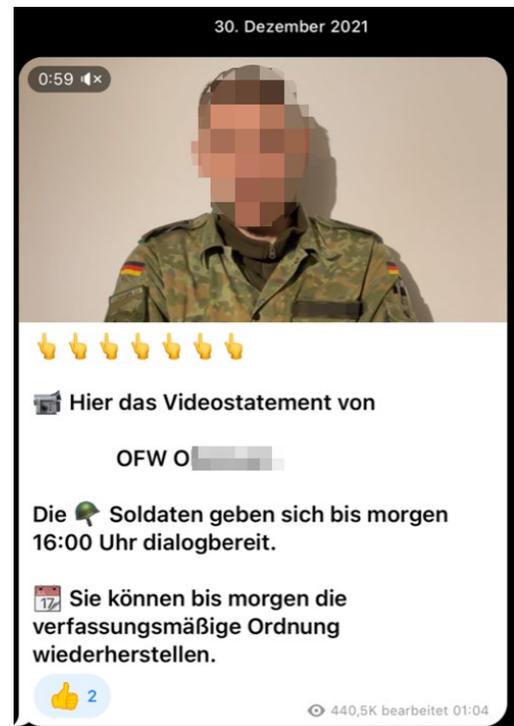
Das Corona-Protstgeschehen zieht Menschen aus allen gesellschaftlichen Bereichen und Schichten an. Entsprechend befinden sich auch Beamtinnen und Beamte darunter, die aus den Bereichen Polizei, Schule, Ordnungsamt, Justiz, Feuerwehr und auch der Bundeswehr stammen. So wird beispielsweise in den

⁹ Vgl. Rathje, Jan: CeMAS-Analyse „Verschwörungsideologische Positionierung zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine“, 11.03.2022, URL: <https://cemas.io/blog/positionen-ukraine/> (zuletzt abgerufen am 17.03.2022).

¹⁰ JANICH behauptet, sowohl die russische als auch die ukrainische Staatsführung sei von jüdischen Gruppierungen beeinflusst. Vielmehr sei der Krieg „inszeniert“ bzw. es handle sich um „Gebietsstreitigkeiten“ innerhalb der gleichen Weltverschwörungsgruppe. JANICH nutzt gezielt antisemitische Narrative.

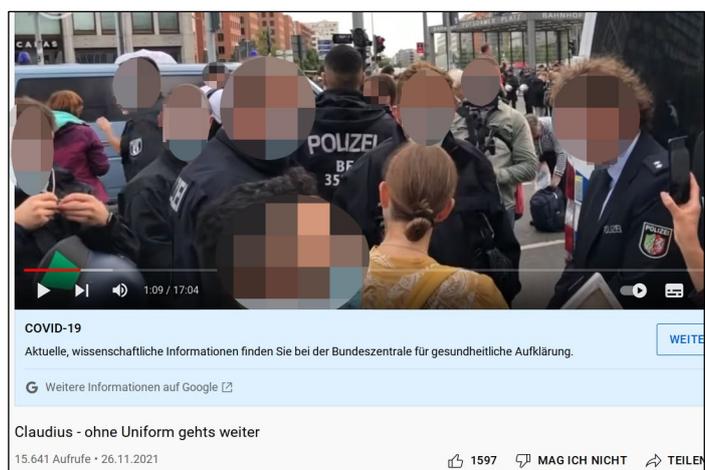
sozialen Medien immer wieder von einzelnen Soldaten der Bundeswehr dazu aufgerufen, sich gegen die Impf- und Duldungspflicht zu stellen.

Aufmerksamkeit erzielte vor allem das auf dem Telegram-Kanal „Soldaten für das Grundgesetz“ am 30. Dezember 2021 veröffentlichte Video des Bundeswehrsoldaten „Oberfeldwebel O.“ aus Bayern. Darin ruft der Soldat zum Widerstand gegen die Corona-Maßnahmen auf. Das Video enthält die Aufforderung zur Rücknahme der staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen sowie der Duldungspflicht, nach der die Corona-Schutzimpfung in der Bundeswehr zur Vorschrift wurde. Der Soldat spricht außerdem Drohungen gegen den Rechtsstaat aus. Seinen Aussagen nach zu urteilen, stand O. mit einem weiteren Soldaten aus Nordrhein-Westfalen in Verbindung, der in einem offenen Brief an seinen höchsten Vorgesetzten erklärt haben soll, den Kampf gegen die Regierung zu führen. Das Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst (BAMAD) spricht in diesem Kontext von einem „Netzwerk der Querdenker in Uniform.“¹¹



Quelle: Telegram-Kanal von „Soldaten für das Grundgesetz“, abgerufen am 30.12.2021

Der Polizist Claudius B. aus Nordrhein-Westfalen nahm im August 2021 an einer Demonstration in Berlin in seiner nordrhein-westfälischen Polizeiuniform teil. Darüber hinaus wurde bekannt, dass er bereits im August 2020 beim sogenannten „Sturm auf den Reichstag“ sowie an einem „Corona-Spaziergang“ im



Quelle: YouTube-Video „Claudius - ohne Uniform gehts weiter“, abgerufen am 29.11.2021

¹¹ Vgl. Artikel „Das gefährliche Netzwerk der „Querdenker“ in Uniform“ im DER SPIEGEL Online; URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-impfgegner-das-gefaehrliche-netzwerk-der-querdenker-in-uniform-a-92a01492-b3a3-4248-b5a6-3fd58f92ee19> (zuletzt abgerufen am 04.01.2022)

Dezember 2021 in Olpe teilnahm. Dieser wurde im Vorfeld durch die Partei „Der III. Weg“ beworben. Eine Verbindung von ihm zu der Partei „Der III. Weg“ konnte nicht festgestellt werden. Der Polizist ist offensichtlich in der Corona-Protestbewegung sowie der „Querdenker-Szene“ verwurzelt. So spricht er in dem Podcast „Lebenskunst“¹² über seine Teilnahme an Demonstrationen spricht und wird zu seiner Rolle als Polizist in der „Corona-Protestler“-Szene befragt. B. wird zudem explizit zur sogenannten „Remonstrationspflicht“ befragt und den Hintergründen, warum aus seiner Sicht nicht weitere Polizistinnen und Polizisten wie er handeln würden. Er begründet dieses Verhalten mit einer Angstkultur. Sein Anliegen, in Uniform zu demonstrieren, schildert er zudem in einem Video, welches öffentlich bei YouTube abrufbar ist, mit den Worten:

„Um auszusagen, dass Menschen in Uniform anderer Meinung sind und dass es auch Polizisten Sorge bereitet, mehr als Sorge, was hier passiert.“¹³

B. ist der Auffassung, dass zum einen das Grundgesetz staatlicherseits missachtet werde, eine systematische Steuerung in den Medien erfolge und grundsätzlich faschistische Machtstrukturen etabliert würden. Er bedient sich darüber hinaus immer wieder verschwörungsmithischer Narrative und Argumentationsmuster, welche tief im radikalen Protestmilieu und der „Querdenker-Szene“ verwurzelt sind. Entsprechend zieht er einen ahistorischen Vergleich der Corona-Entwicklungen mit der NS-Zeit:

„Ich find's erstaunlich, dass Menschen, die sich selbst als große Antifaschisten bezeichnen würden, dass denen, ausgerechnet denen, diese Parallelität nicht auffällt.“¹⁴

In einem weiteren Video skizziert er seine persönliche Entwicklung insbesondere vor dem Hintergrund seiner Tätigkeit als Polizist. Er nehme die Polizei als Vertreter eines freiheitsraubenden Staates wahr, die brutal gegen Demonstranten vorgehe. Volksvertreter bezeichnet er unter anderem als Verbrecher. Seine Teilnahme an der Corona-Demonstration in nordrhein-westfälischer Polizeiuniform in Berlin habe zudem zu einer Solidaritätsbekundung von vermeintlich in zivil teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen vor Ort geführt.

¹² Abrufbar unter: <https://www.listennotes.com/podcasts/lebenskunst-gerade/80-wachstum-ein-polizist-EoatUsQ2xyD/> (zuletzt abgerufen am 02.03.2022).

¹³ Abrufbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=SHaoExe_CpC (zuletzt abgerufen am 02.03.2022).

¹⁴ Abrufbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=SHaoExe_CpC (zuletzt abgerufen am 02.03.2022).

Dieses und weitere Videos sind auf dem YouTube-Kanal „Der Channel“ abrufbar. Der Kanal hat am 17. März 2022 über 820 Abonnenten und orientiert sich inhaltlich an der „Corona-Protestler“-Szene.

Zudem wird B. insbesondere bei den sogenannten „Polizisten für Aufklärung“ eine Plattform geboten. Hierin vernetzen sich Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte aus Deutschland, die sich im Sinne der „Corona-Protestler“-Szene inszenieren und mit weiteren etablierten Desinformationskampagnen sowie „Querdenker“-Formaten vernetzt sind. B. wird in diesem Forum heroisiert und dient somit auch in anderen Telegram-Gruppen als Argumentationsvorlage.

Seit Anfang des Jahres 2022 fällt der ehemalige Polizist und rechtsextremistische Influencer Tim K. regelmäßig als Teilnehmer und Redner bei „Montagsspaziergängen“ in Paderborn auf. Die von K. im September 2018 ins Leben gerufene Gruppierung „Für die Eigenen“, die anfangs als eine außerparlamentarische Sammelbewegung geplant war, scheint hauptsächlich aus seiner Person zu bestehen. Bislang konnten keine weiteren Personen dieser Gruppierung identifiziert werden, die das „politische Klima in Deutschland [...] beeinflussen“ möchten. Stattdessen nimmt K. vorrangig mit Mitgliedern seines Motorradclubs „Brothers Guard MC Germany“ an Anti-Corona-Protesten teil und mobilisiert dazu.

K. verfügt über eine große Fangemeinde. Auf seinem YouTube-Kanal folgen ihm mit Stand März 2022 über 412.000 Abonnenten. In verschiedenen seiner über 670 veröffentlichten Videos (Stand: 17.03.2022) positioniert sich K. gegen die staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen oder greift die Thematik auf.

Auch realweltlich tritt K. zunehmend in Erscheinung. Am 21. Februar 2022 demonstrierte K. auf einer Anti-Corona-Demonstration in Lippstadt gemeinsam mit einer Gruppe von vermutlich



Quelle: Telegram-Kanal von Tim K, abgerufen am 21.02.2022

Reservisten, bei denen es sich nach eigenen Angaben um „Vertreter deutscher Veteranenverbände“ handelte. Weitere Teilnehmer waren Angehörige seines Motorradclubs „Brothers Guard MC Germany“. Auffallend waren die Reservisten, die teilweise militärähnliche Uniformen trugen, was zu einem Ausschluss von der Versammlung führte. K. beschreibt das Vorgehen der Polizei mit den Worten:

„Polizei verbietet offiziell das Tragen von Uniformteilen/Tarnkleidung/Kopfbedeckung auf Spaziergang. Das ist ehrenlos und unwürdig jedem Veteranen gegenüber. Niemand von uns legt jemals die deutsche Fahne ab oder bedeckt sie. Deutschland immer zuerst!“

Fortbestehen der Szene nach der Corona-Pandemie

Durch die Adaptivität der Szene ist der Diskurs nicht mehr ausschließlich auf die pandemische Lage (hier: COVID-19 und die staatlichen Schutzmaßnahmen) beschränkt. Vielmehr werden von vielen Akteuren Inhalte und Sachverhalte aus unterschiedlichsten Feldern der Politik und Gesellschaft aufgegriffen, thematisiert und anhand von Verschwörungsmmythen erklärt. Das lässt die Vermutung zu, dass auch nach der Corona-Pandemie ein Kern dieser Protestszene weiterhin fortbestehen wird und sich auf die Suche nach neuen Themenfeldern begibt.

Zukünftig könnten innerhalb der Szene Diskurse über die Grenzen der Corona-Thematik hinaus entstehen, um einem Bedeutungsverlust vorzubeugen. Dabei ist das verbindende Element weiterhin die ablehnende beziehungsweise delegitimierende Haltung gegenüber dem Staat. Zukünftige Themen sind mannigfaltig und könnten beispielsweise die Klima-, Sozialpolitik oder die voranschreitende Inflation (Wirtschafts-/Finanzpolitik) sein.

Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen wird die Entwicklung aufmerksam begleiten und Politik und Öffentlichkeit dahingehend sensibilisieren. Auch in Zukunft und insbesondere nach der pandemischen Lage werden Verschwörungsmmythen und Desinformationskampagnen weiterhin Bestand und ihre Anhängerschaft haben.

3.3 Linksextremismus

Verschwörungsmmythen zur Corona-Pandemie spielen bei den Parteien und Organisationen im Bereich des Linksextremismus keine Rolle. Die Existenz des Corona-Virus und die grundsätzliche Notwendigkeit von Maßnahmen gegen seine

Verbreitung werden nicht in Frage gestellt. Kritisch gesehen wird vielmehr der Umgang des Staates mit der Pandemie. Dieser wird als Instrument der „herrschenden Klasse“ gesehen, welche es zu überwinden gilt. Thematisiert werden dementsprechend soziale und gesundheitliche Ungleichheiten, welche sich durch die Pandemie weltweit weiter verstärkt haben. Teile innerhalb des Linksextremismus agieren außerdem gegen die Demonstrationen der „Corona-Maßnahmen-Kritiker“, da sie deren Proteste als von Rechtsextremisten unterwandert oder gesteuert betrachten. Auch langfristig ist eher nicht zu erwarten, dass Verschwörungsmymen zur Corona-Pandemie im Bereich des Linksextremismus anschlussfähig werden.

Einleitung

Linksextremismus ist ein Sammelbegriff für verschiedene politische Auffassungen und Bestrebungen, die im Namen der Forderung nach einer von sozialer Gleichheit geprägten Gesellschaftsordnung die Normen und Regeln eines modernen demokratischen Verfassungsstaates ablehnen. Teilweise unter Einsatz von Gewalt wollen Linksextremisten die parlamentarische Demokratie mit ihrer Gewaltenteilung zu Gunsten von kommunistischen oder anarchistischen Gesellschaftsformen überwinden. Damit verfolgt der Linksextremismus eine gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete, verfassungsfeindliche Zielsetzung.

Das Jahr 2021 war weiterhin geprägt von pandemiebedingten, staatlich verordneten Einschränkungen sowie zeitweise erfolgten Lockerungen, insbesondere in Bezug auf die Durchführung von Veranstaltungen. Nachdem die linksextremistische Szene im Jahr davor bei Ausbruch der Pandemie in eine gewisse „Schockstarre“ verfallen war, wurde nunmehr nach und nach der Versuch unternommen, eine eigene Sichtweise auf die gegenwärtige Lage zu entwickeln. Schwerpunkt dieser inhaltlichen Auseinandersetzung war die Kritik am Agieren des Staates verbunden mit einer antikapitalistischen Kritik, wonach der Kapitalismus und dessen Auswüchse eine solche Lage erst provoziert hätten. Die daraus gezogene Konsequenz wurde in linksextremistischer Lesart akzentuiert und unter anderem in die szenetypische Forderung nach der Überwindung des Kapitalismus übersetzt. Diese linksextremistische Sichtweise wurde entsprechend über Informationsveranstaltungen, Versammlungen, Online-Präsenzen und weitere Kanäle propagiert.

Anhand der Organisation von und der Teilnahme an Gegendemonstrationen gegen Corona-kritische Versammlungen, im Szenejargon als „Schwurbler-Demos“ bezeichnet, wurde wiederum die reaktive Haltung der linksextremistischen Szene zu dieser Thematik sichtbar. Dabei spielte die vermutete Teilnahme von rechtsextremistischen Einschlüssen an den „Schwurbler-Demos“ für die linksextremistische Szene eine größere Rolle als die Thematik selbst. Die Organisation von Gegendemonstrationen fiel damit weit überwiegend dem Themenfeld Antifaschismus zu.

Die folgenden Organisationen und Parteien werden vom Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen dem Spektrum des Linksextremismus zugerechnet. Im Einzelnen wird dargestellt, in welcher Form die Corona-Thematik bei ihnen aufgegriffen wurde.

Zusammenschlüsse in der Partei DIE LINKE: Kommunistische Plattform, Sozialistische Linke, Antikapitalistische Linke, linksjugend [‘solid]

Kurzbeschreibung

Die „Kommunistische Plattform“ versteht sich als Verteidigerin der sozialistischen Staaten des 20. Jahrhunderts und strebt einen Staat auf Grundlage des Marxismus-Leninismus an.

Die „Sozialistische Linke“ will den gegenwärtigen, von ihr als „Kapitalismus“ bezeichneten, demokratischen Verfassungsstaat durch einen „demokratischen und ökologischen Sozialismus“ ersetzen.

Die „Antikapitalistische Linke“ lehnt das parlamentarische System fundamental ab und setzt sich für dessen revolutionäre Überwindung ein. Führende Mitglieder des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen sind zudem offen Mitglieder trotzkistischer Kleingruppen und streben die Einführung eines Rätessystems an.

Auch in der „linksjugend [‘solid] Nordrhein-Westfalen“ haben trotzkistische Kommunisten führende Positionen besetzt. Trotzki's Ideen folgend wird von der „linksjugend [‘solid] Nordrhein-Westfalen“ eine sozialistische Welt als politisches Ziel benannt. Dazu müsse man sich, so ist in theoretischen Unterlagen des Verbandes zu lesen, „mit den revolutionären Ideen des Marxismus“ bewaffnen und den

Kapitalismus „auf den Müllhaufen der Geschichte“ befördern. Letztendlich werden die Grundprinzipien der parlamentarischen Demokratie verworfen und eine revolutionäre Übernahme von Staat und Wirtschaft durch die Arbeiterklasse beziehungsweise die kommunistische Partei angestrebt.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmythen

Die insgesamt wesentlich vom Marxismus beeinflussten Zusammenschlüsse folgen erkenntnistheoretisch dem dialektischen Materialismus („Das Sein bestimmt das Bewusstsein“). Daraus folgt, dass der Glaube an Verschwörungsmythen abgelehnt wird.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie, insbesondere die Impfkampagne, Hygiene- und Abstandsmaßnahmen werden durch die beobachteten Zusammenschlüsse in der Partei DIE LINKE nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Vielmehr wird die Regierung aufgefordert, die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung zu erweitern. Konkret fordert zum Beispiel die „linksjugend [`solid] Nordrhein-Westfalen“ kostenlose PCR-Tests und FFP2 Masken, eine Freigabe der Patente auf Impfstoffe und Medikamente, Arbeitsplatzgarantien und Corona-Zulagen für Pflegekräfte.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Protestler“-Szene

Die „Querdenker“ und Maßnahmengegner/-kritiker werden von den Zusammenschlüssen in der Partei DIE LINKE als politischer Gegner verstanden. Insbesondere die „linksjugend [`solid] NRW“ beteiligt sich an den regelmäßig festzustellenden Gegenprotesten gegen Versammlungen der Querdenkerszene.

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Kurzbeschreibung

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) versteht sich als politische Nachfolgerin der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen „Kommunistischen Partei Deutschland (KPD)“. Sie bekennt sich als „revolutionäre

Partei der Arbeiterklasse“ zum Marxismus-Leninismus und strebt die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft an.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmythen

Verschwörungsmythen werden durch die „DKP“ weder aufgegriffen noch thematisiert oder gar verbreitet.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

Im Berichtszeitraum wurden die Hygieneauflagen im Rahmen von Veranstaltungen der Partei eingehalten und zur Vermeidung von Ansteckungsrisiken überdies die Möglichkeiten der Online-Kommunikation genutzt. Kritik übt die Partei im Wesentlichen an Mängeln im Gesundheitssystem und einem vermeintlichen Vorrang ökonomischer Interessen gegenüber der Pandemiebekämpfung. Die Impfkampagne zur Bekämpfung der Pandemie wird unterstützt, die allgemeine Impfpflicht jedoch abgelehnt.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Protestler“-Szene

Eine Anschlussfähigkeit an die „Corona-Protestler“-Szene kann prinzipiell ausgeschlossen werden.

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Kurzbeschreibung

Die 1982 aus dem „Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands (KABD)“ hervorgegangene „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)“ versteht sich als politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in Deutschland. Ihr grundlegendes Ziel ist der revolutionäre Sturz des „Monopolkapitals“ und die Errichtung einer Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmythen

Die „MLPD“ vertritt keine Art von Verschwörungsmythen. Sie versteht die „Corona-Protestler“ und insbesondere die „Querdenken-Bewegung“ als rechtsextremistisch

unterlaufen und ruft zu „Null-Toleranz gegenüber der faschistischen „Querfront“-Strategie“ auf.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

Die „MLPD“ hält sich an Hygieneregeln und spricht sich für eine allgemeine Impfpflicht aus. In der Pandemie erkennt die „MLPD“ zugleich jedoch einen weiteren Anlass für die herrschende Klasse, die Arbeiterklasse auszubeuten und zu unterdrücken.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Protestler“-Szene

Die Partei grenzt sich scharf von der „Corona-Protestler“-Szene ab.

Autonome Linksextremisten

Kurzbeschreibung

Nach wie vor spielen die in der „Corona-Protestler“-Szene propagierten Verschwörungsmymen im autonomen Linksextremismus keine bestimmende Rolle und sind dort nicht anschlussfähig. Autonome Linksextremisten fokussieren ihre politische Analyse auf die gesellschaftlichen Zustände innerhalb des kapitalistischen Systems beziehungsweise des bürgerlichen Staates. Diese sollen perspektivisch revolutionär überwunden werden.

In diesem Sinne kann auch im autonomen Linksextremismus von einer – in Teilen – unterkomplexen Interpretation politischer, sozialer oder ökonomischer Zusammenhänge gesprochen werden, wenn etwa monokausal „das Kapital“, „die herrschende Klasse“ oder „der militärisch-industrielle Komplex“ als Feindbilder beziehungsweise allein Verantwortliche für Missstände identifiziert werden. Solche ideologischen Einordnungen gehen aber nicht einher mit der Übernahme von Verschwörungsmymen oder der Beteiligung an Desinformationskampagnen.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

Seit dem Beginn der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 wurden Stellungnahmen unterschiedlicher Strömungen der autonomen Szene auch in Nordrhein-Westfalen

veröffentlicht. Wie auch bei anderen Anlässen wurde das eigentliche Thema mit den typischen Politikfeldern autonomer Linksextremisten verknüpft.

Die staatlichen Maßnahmen zur Pandemieeindämmung wurden auf die üblichen Begründungszusammenhänge der Szene zurückgeführt: In diesem Fall wurde das Narrativ einer aus Szenesicht zwangsläufigen Fehlentwicklung des westlichen Staats- und Gesellschaftssystems bemüht, die im Zusammenhang mit der Pandemie angeblich den Kapitalismus und Klassenunterschiede verstärkt und zur Sicherung und Umsetzung dieses Prozesses die Funktion staatlicher Behörden als Repressivorgane weiter ausbaut.

Nach der teilweisen Aufhebung der Maßnahmen im Jahr 2021 in Hinsicht auf Veranstaltungen in geschlossenen Räumen wurden diese Sichtweisen auch auf Informationsveranstaltungen in einigen regionalen Szenetreffpunkten propagiert.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Protestler“-Szene

Bisher nehmen Autonome weiterhin aus prinzipiellen Gründen nicht an Aktionen und Demonstrationen der „Querdenken-Bewegung“ teil. Zwar üben Spektren mit antiinstitutionellem Charakter eine besondere Anziehungskraft auf die autonome Szene aus; jedoch gelten „Querdenker“ als rechtsextremistisch unterwandert. Zudem wird auch die Kooperation mit linksalternativen Verschwörungstheoretikern und anthroposophisch motivierten Gegnern der Maßnahmen gegen die Pandemie strikt abgelehnt.

Gelegentlich gezeigte Fahnen und Transparente, die aufgrund der Symbolik und Aussagen mit der linksextremistischen Szene in Verbindung gebracht wurden, verweisen nicht auf die Beteiligung von autonomen Linksextremisten, sondern auf eine Übernahme ihrer habituellen Darstellung und des Sprachgebrauchs durch szenefremde Akteure. Versammlungen von „Corona-Protestlern“ waren auch im Jahr 2021 der Anlass für die Beteiligung an Gegenkundgebungen, zu denen mitunter überregional mobilisiert wurde.

Diese Gegenkundgebungen wenden sich mittlerweile nicht nur gegen die Teilnehmer des rechten Spektrums an den „Querdenker“-Demonstrationen als direkte politische Gegner, sondern auch gegen die Gesamtheit der im Szenejargon als „Schwurbler“ bezeichneten Demonstranten. Mehrfach kam es dabei zu Blockaden und anderen

Störversuchen, der Einsatz von Gewalt durch aufeinandertreffende Protagonisten der verschiedenen politischen Lager beschränkte sich jedoch auf Einzelfälle.

Autonome Linksextremisten vertreten stattdessen vermehrt die erwähnte staats- und kapitalismuskritische Interpretation der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung bei den Demonstrationen gegen die „Schwurbler-Demos“ und versuchen damit ein ideelles und politisches Gegengewicht mit aufklärerischer Pose im Bild der Öffentlichkeit zu zeichnen. Insofern steht die autonome Szene wie bisher dem Phänomen der „Corona-Leugnung“ beziehungsweise „Corona-Proteste“ konträr entgegen.

3.4 Auslandsbezogener Extremismus

Das Thema „Corona-Leugnung“ spielte bei den Parteien und Organisationen im Bereich des auslandsbezogenen Extremismus auch im Jahr 2021 keine Rolle. Die Existenz des Corona-Virus und die grundsätzliche Notwendigkeit von Maßnahmen gegen seine Verbreitung werden nicht in Frage gestellt.

Die angeordneten Hygiene-Maßnahmen wurden durch die beobachteten Organisationen inhaltlich nicht in Frage gestellt, obwohl die Organisationsfähigkeit durch sie erheblich beeinträchtigt wird. Auch langfristig ist nicht zu erwarten, dass das Phänomen der „Corona-Leugnung“ im Bereich des auslandsbezogenen Extremismus anschlussfähig wird.

Einleitung

Im nichtislamistischen auslandsbezogenen Extremismus beobachtet der Verfassungsschutz Bestrebungen, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten oder durch Anwendung von Gewalt auswärtige Belange der Bundesrepublik gefährden. Extremistische Organisationen im Ausland beziehen von ihren hier lebenden Anhängern vor allem finanzielle und logistische Unterstützung für den politischen Kampf in den Heimatländern.

Die folgenden Organisationen und Parteien werden vom Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen dem Spektrum des auslandsbezogenen Extremismus zugerechnet. Im Einzelnen wird nachfolgend dargestellt, ob „Corona-Leugnung“ bei ihnen eine Rolle spielt.

Ülkücü-Bewegung (Graue Wölfe)

Kurzbeschreibung

Die heterogene türkisch-rechtsextremistische „Ülkücü-Bewegung“ zeichnet sich durch ihr turanistisches Weltbild aus: Die politische und geschichtliche Bedeutung des Osmanischen Reiches ist Grundlage für die Überzeugung von einer natürlichen Überlegenheit der türkischen Nation. Zentrales Merkmal der Bewegung ist die Idealisierung der eigenen türkischen Identität bei gleichzeitiger Herabwürdigung anderer Volksgruppen und politischer Gegner. Abgezielt wird dabei auf eine Bewahrung des Türkentums als vermeintlich allen anderen „Rassen“ überlegene Ethnie.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmythen

Grundsätzlich ist es im türkischen Rechtsextremismus gängige Praxis, für real existierende oder vorgestellte Probleme Verschwörungen der äußeren und inneren Feinde gegen die türkische Nation verantwortlich zu machen.

Eine Verbreitung von Verschwörungsmythen im Hinblick auf die Corona-Pandemie kann jedoch nicht festgestellt werden.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

Das Vereinsleben in der „Ülkücü-Bewegung“ wurde durch die Corona-Pandemie und die daraus resultierenden Maßnahmen der nordrhein-westfälischen Landesregierung weitestgehend eingeschränkt. Lediglich Vereinssitzungen wurden im Laufe des Jahres 2021/2022 zunächst online und später auch als Präsenzveranstaltungen durchgeführt. Selbst große Kongresse fanden in einem reduzierten Format statt.

Größere Veranstaltungen, wie zum Beispiel Feste, konnten nicht stattfinden, so dass Einnahmequellen wegfielen und somit die Corona-Pandemie auch einen großen Einfluss auf die finanzielle Situation der Vereine hatte. Nichtsdestotrotz wurden die verordneten Maßnahmen größtenteils umgesetzt und auf die Einhaltung durch die Vereinsanhänger geachtet.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Protestler“-Szene

Bezüge zur „Corona-Protestler“-Szene können weiterhin nicht ausgemacht werden und erscheinen auch künftig eher unwahrscheinlich.

Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front (Devrimci Halk Kurtulus Partisi-Cephesi – DHKP-C)

Kurzbeschreibung

Die in der Türkei und in Deutschland verbotene „Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front“ (Devrimci Halk Kurtulus Partisi-Cephesi – DHKP-C) verfolgt das Ziel, das bestehende türkische Staatssystem durch eine bewaffnete Revolution zu zerschlagen, um ein sozialistisches System in der Türkei zu errichten.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmythen

Die Organisation sieht sich seit ihrem Bestehen in einem permanenten Kampf gegen den vermeintlich faschistischen türkischen Staat und einen weltweit alles dominierenden „US-Imperialismus“. Aufgrund der festen Verwurzelung im Marxismus-Leninismus lässt sich eine gewisse Anfälligkeit für Verschwörungsmythen seitens der „DHKP-C“ und deren Anhänger konstatieren. Hinweise auf Bezüge der „DHKP-C“ zu Verschwörungsmythen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie lassen sich dagegen nicht beobachten.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

Aufgrund der Corona-Pandemie konnte die Organisation seit April 2020 keine größeren Veranstaltungen planen und durchführen. Dennoch ist seitens der „DHKP-C“ bislang keine Agitation gegen die staatlichen Maßnahmen festzustellen und auch zukünftig nicht zu erwarten.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Protestler“-Szene

Bezüge zur „Corona-Protestler“-Szene konnten nicht ausgemacht werden und erscheinen auch zukünftig eher unwahrscheinlich.

Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL) und unterstützende Organisationen

Kurzbeschreibung

Die „PKK“, die heute unter der Bezeichnung „KONGRA-GEL“ agiert, strebte ursprünglich einen eigenen kurdischen Nationalstaat an, der die Gebiete Südostanatoliens (Türkei), den Nordirak, Teile des westlichen Iran und Gebiete im Norden Syriens umfassen sollte. Obwohl seitens der „PKK“ immer wieder betont wird, man habe die früheren separatistischen Ziele aufgegeben, bemüht sie sich weiterhin um einen länderübergreifenden Verbund aller Kurden im Nahen Osten.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmethoden

Die Ideologie der „PKK“ ist seit ihrer Gründung von marxistisch-leninistischen Grundsätzen geprägt. Im Laufe der Zeit grenzte sich die „PKK“ jedoch von der Rhetorik des dogmatischen Marxismus und der Forderung nach Klassenkampf ab. Im Rahmen des nationalen Befreiungskampfes war und ist der türkische Staat der Hauptgegner der „PKK“. Hinweise auf Bezüge der „PKK“ zu Verschwörungsmethoden im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie lassen sich nicht beobachten.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

Die staatlichen Einschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie veranlassten die „PKK“ ab März 2020 zu starken Einschränkungen ihrer Aktivitäten. Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten fielen deutlich geringer aus als in der Vergangenheit und örtliche Vereine wurden zwischenzeitlich geschlossen. Bei der Durchführung von Veranstaltungen wurden vereinzelt Verstöße gegen die Abstandsregeln festgestellt. War schon bei der ersten pandemischen Welle im Jahr 2020 ein überaus vorsichtiger Umgang mit Corona zu erkennen, hat sich dies im Kalenderjahr 2021 eher noch verstärkt.

Die Veranstaltungen wurden zeitweise gegen Null zurückgenommen, das Vereinsleben fast vollständig eingestellt und der Kontakt unter den Aktivisten auf ein absolutes Minimum reduziert. An keiner Stelle wurden kritische Äußerungen zu den politischen Maßnahmen laut und öffentliche Kritik war nicht erkennbar.

In der Gesamtschau konnte eine grundlegende Akzeptanz der angeordneten staatlichen Maßnahmen beobachtet werden, da die Dach-Organisation die staatlichen Entscheidungen zum Schutz der Bevölkerung als unumgänglich ansah. In diesem Rahmen wandte sich „FED-MED e.V.“, der Dachverband der kurdischen Vereine in Nordrhein-Westfalen, im Sommer 2020 an nordrhein-westfälische politische Entscheidungsträger, um sich als vermeintlich verlässlicher Ansprechpartner zu positionieren und so insgesamt eine Aufwertung der Organisation zu erreichen. „FED-MED e.V.“ bot seine gesamten Strukturen samt den dazugehörigen Räumlichkeiten in Nordrhein-Westfalen für den gemeinsamen Kampf gegen die Corona-Pandemie an.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Protestler“-Szene

Bezüge zur „Corona-Protestler“-Szene konnten nicht ausgemacht werden und erscheinen auch zukünftig eher unwahrscheinlich.

Gesamtbewertung für den Bereich des auslandsbezogenen Extremismus:

Für viele der in Deutschland insbesondere propagandistisch tätigen extremistischen Organisationen mit Auslandsbezug war die Corona-bedingte Absage nahezu aller für sie wichtigen Veranstaltungen und Kundgebungen eine massive Einschränkung. Dennoch ist bislang kein nachhaltiges Handeln gegen die staatlichen Schutzmaßnahmen festzustellen. Die wenigen kleineren Kundgebungen verliefen friedlich und im Wesentlichen unter Beachtung der allgemeinen Hygienevorschriften. Eine Anschlussfähigkeit an die „Corona-Protestler“-Szene ist durchweg nicht gegeben und auch zukünftig nicht zu erwarten.

3.5 Islamismus

Das Einsetzen der Corona-Pandemie wurde in islamistischen Diskursen von verschwörungsmythischen Überzeugungen begleitet, auch wenn man die Existenz des Virus und seine Gefährlichkeit nicht grundsätzlich in Zweifel zog.

Existenz und Verbreitung des Corona-Virus wurden als „Strafe Gottes“ interpretiert und man suggerierte, dass die Menschheit aufgrund eines vermeintlich unreligiösen und „sündhaften“ Lebenswandels von diesem Virus befallen werde.

Diese von Verschwörungsmythen geprägten Narrative gehören zum festen Themenrepertoire innerhalb der islamistischen Szene. Besonders häufig aufgegriffen und durch die Corona-Pandemie verstärkt wurde die vermeintliche Existenz eines „weltweiten Finanzjudentums“ und einer „jüdischen Weltherrschaft“ sowie der „großen Einflussnahme von Freimaurerlogen“ auf die Politik.

Hinzu kommt die generelle Ablehnung von Impfungen vor allem in Frauennetzwerken der extremistisch-salafistischen Szene sowie die Annahme, dass die Menschen durch sogenannte Chemtrails und 5G-Funkmasten bedroht seien; hier folgt man sehr klassischen Narrativen unter den Verschwörungsmythen.

Wie schon zu Beginn der Pandemie werden weiterhin Themen wie Impfskepsis oder auch die Ablehnung von Impfungen und der Corona-Schutzmaßnahmen diskutiert. Dieses Phänomen ist jedoch eher dahingehend zu bewerten, dass diese Skepsis einen Querschnitt der Gesamtbevölkerung und somit auch die islamistische Szene betrifft.

Eine klassische Form der „Corona-Leugnung“ innerhalb der islamistischen Szene ist nicht zu erkennen. Die Pandemie ist gegenwärtig kein bestimmendes Thema innerhalb der islamistischen Szene mehr. Auch eine Mobilisierung im Zusammenhang mit den Corona-Demonstrationen war und ist innerhalb der islamistischen Szene nicht als eigenständiges Thema zu bewerten.

Eine Anschlussfähigkeit an die „Corona-Protestler“-Szene ist weiterhin nicht erkennbar.

4. Abschluss

4.1 Bewertung der aktuellen Strukturen und der kommunizierten Inhalte

Die Dynamik des Protestgeschehens hat sich im Berichtszeitraum auf hohem Niveau eingependelt, mit zwischenzeitlich sinkender Tendenz. Zentraler Protesttag bleibt in diesem Kontext weiterhin der Montag.

Angesichts der Lockerungsbemühungen der Bundesregierung ist zudem feststellbar, dass sich die Delegitimierungs-Szene punktuell auf die Suche nach neuen Themenfeldern begibt und aktuell vermehrt den völkerrechtswidrigen russischen Militärangriff auf die Ukraine thematisiert. Dabei werden mehrheitlich pro-russische Narrative verbreitet (insbesondere über diverse Telegram-Kanäle).

Nach Überwindung der pandemischen Lage stellt die Konsolidierung von extremistischen Ideologien und Verschwörungsmmythen (sogenanntes „ideologisches Destillat“) eine große gesellschaftspolitische und sicherheitsbehördliche Herausforderung dar.

Neue Themen- und Aktionsfelder

Die im Bericht angesprochene thematische Verlagerung innerhalb der Delegitimierungs-Szene, weg von Corona und den damit verbundenen gesellschaftlichen Auswirkungen, zeigt deutlich, dass die im ersten Sonderbericht aufgestellte Prognose einer Mobilisierungsfähigkeit bei vergleichbaren krisenhaften Ereignissen den Realitäten entspricht. Dem liegen auch sceneinterne Motive zugrunde.

Mit dem Wegfall von pandemieschutzbedingten Einschränkungen entfällt auch ein wesentliches Mobilisierungsmoment außerhalb des radikalen Szenekerns. Kernelement der hier zugrundeliegenden Entgrenzungsstrategie ist das Aufgreifen gesellschaftlicher Konflikte, mit der Intention, diese zu verstärken und mit eigenen Themen und Thesen anschlussfähig für potenzielle Zielgruppen der Mehrheitsgesellschaft zu werden. Im Kern entspricht dies dem Konzept der Metapolitik, wie es beispielsweise die „Neue Rechte“ im Rekurs auf Antonio Gramsci verfolgt.

Der Überfall Russlands auf die Ukraine bietet hier ein erkennbares Agitationsfeld, welches es erlaubt, sich gegen die als gesellschaftlichen Mainstream klassifizierte Solidarisierung mit der Ukraine abzugrenzen und – unter Übernahme der regierungsamtlichen russischen Narrative – eine Gegenposition zu beziehen, die sich nahtlos an die Widerstandserzählungen der Pandemie anknüpfen lässt.

Die strukturelle und inhaltliche Selbstpositionierung innerhalb der Szene bleibt gleich, nur der realweltliche Anlass ändert sich. Zugleich fügt sich die Solidarisierung mit Russland in das bereits vor der Pandemie in der extremen Rechten bestehende Motiv von Antiamerikanismus beziehungsweise Anti-Westlertum.

Die Kernaussage ist die Ablehnung der liberalen parlamentarischen Demokratie mit Menschenrechten und Minderheitenschutz, die als Zeichen eines kulturellen Niedergangs- und Auszehrungsprozesses disqualifiziert werden. Putin gilt den antiwestlich orientierten Teilen der Protestszene als Symbolfigur des Widerstands gegen den als Bedrohung für die eigene Identität wahrgenommenen Westen.

Zugrunde liegt dieser Position ein elementares Unbehagen gegenüber der Moderne, welches sich auf diese Weise artikuliert. Es ist weiterhin nicht unwahrscheinlich, dass die negativen Folgewirkungen des Krieges weiteres Instrumentalisierungspotenzial bieten.

Denkbar wäre hier eine Thematisierung gestiegener Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise als Aspekte eines weitergesponnenen „Great Reset“-Mythos. Ein Blackout-Szenario könnte als Folge der westlichen Sanktionen gegenüber Russland dargestellt werden.

4.2 Präventive Möglichkeiten und Maßnahmen

Die Entwicklungen seit dem Ausbruch der Pandemie bestätigen die Einschätzung des Verfassungsschutzes, dass sich in dem Protestgeschehen ein grundlegender Unmut mit Zuständen der eigenen Lebenswelt, aber auch der Wahrnehmung eigener gesellschaftlicher und politischer Partizipationsmöglichkeiten zum Ausdruck bringt. Die Wandlungsfähigkeit der Verschwörungsmythen, die bei gleichbleibender Grundstruktur im Kern das Szenario einer Bedrohung beziehungsweise Unterdrückung der Bevölkerung durch Eliten aus selbstbezüglichen Motiven heraus annehmen, zeigt mehreres auf:

- Verschwörungsmythen bieten einen Ersatz für verlorene Lebenssicherheiten und -orientierungen.
- Die Empfänglichkeit korreliert in hohem Maße mit der Wahrnehmung der eigenen Selbstwirksamkeit, sowohl hinsichtlich der eigenen Einstellung als auch der Reichweite.
- Das Instrumentalisierungspotenzial für politische Extremismen und gesellschaftliche Destabilisierungsversuche steigt mit der empfundenen Unsicherheit, beispielsweise aufgrund von Krisen, und je brüchiger der gesellschaftliche Zusammenhalt ist.
- Die Möglichkeiten digitaler Medien zur Erstellung und Verbreitung von Desinformationen wirken sich verstärkend auf das Aufkommen und die Instrumentalisierung von Verschwörungsmythen als Elemente von Entgrenzungsstrategien.

Im Umkehrschluss muss erfolgreiche Prävention als Querschnittsaufgabe verstanden werden. Die Förderung von gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten und die Stärkung der individuellen Befähigung hierzu ist ein wesentlicher Aspekt, um die Resilienz gegenüber Verschwörungsmythen im Allgemeinen zu erhöhen und zur nachhaltigen Entschärfung des Instrumentalisierungspotenziales im Besonderen. Dabei handelt es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der Verfassungsschutz unterstreicht vor diesem Hintergrund noch einmal die Verantwortung aller Akteure in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, bei der Gestaltung von Rahmenbedingungen auch die Auswirkungen auf die Stabilität des demokratisch verfassten Gemeinwesens mitzudenken.

Die Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft steht, verlangen die Aufgabe alter Gewissheiten und Selbstverständlichkeiten. Die mit den Transformationsprozessen verbundenen Anpassungsnotwendigkeiten werden voraussichtlich nicht nur als Chancen, sondern auch als Einschränkungen zu Lasten der Bevölkerung interpretiert werden können. Das hierin liegende Potenzial von extremistischen Entgrenzungsstrategien sollte daher antizipiert und diskutiert werden.

Der beobachtete Rückgang der Anhängerschaft von expliziten Corona-Verschwörungen ist sehr wahrscheinlich auf die verstärkte Berichterstattung und Diskussion über Verschwörungsmymen zurückzuführen. Deshalb erscheint die Förderung von Medienkompetenz und damit verbundener Fähigkeit zur Quellenkritik nach wie vor elementar. Insbesondere die Förderung einer e-literacy ist unabdingbar¹⁵; hierzu gehören beispielsweise das Wissen um die technischen Funktionsweisen von sozialen Netzwerken, der damit verbundenen ökonomischen Interessen oder auch die technischen Manipulationsmöglichkeiten wie „deep fakes“. Beispielhaft ist hier der Medienkompetenzrahmen der Landesmedienanstalt Nordrhein-Westfalen.¹⁶

Aber auch die Aufklärung und Sensibilisierung über die Muster und Strukturen von Verschwörungsmymen – inklusive Inhalten und Manipulations- und Instrumentalisierungspotenzialen, beispielsweise in Form von antisemitischen Bedrohungsnarrativen und der Verknüpfung von Desinformationen und Fake News – verringern die damit verbundene Gefährdung der freiheitlich demokratischen Grundordnung.

In diesem Kontext ist auch die Bekämpfung von Desinformationen und Hasskriminalität im virtuellen Raum unbedingt erforderlich. Viele Ideen, wie die Handlungsmöglichkeiten der Sicherheitsbehörden im Kampf gegen Radikalisierung und Kriminalität im Netz verbessert werden können, sind nicht neu. Die Meldepflichten des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes sollten auf sämtliche sozialen Netzwerke, Messengerdienste, Spiele- und Streamingplattformen ausgeweitet werden. Kommunikationen über Spiele- und Streamingplattformen stellen keinen rechtsfreien Raum dar.

¹⁵ vgl. hierzu auch: <https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/politische-bildung-in-einer-digitalen-welt/324982/medienkompetenz-und-digital-literacy/> (letzter Zugriff: 28.02.2022)

¹⁶ vgl.: <https://medienkompetenzrahmen.nrw/> (letzter Zugriff: 28.02.2022)

In öffentlichen Diskussionen finden sich immer wieder Überlegungen, Plattformen in Gänze zu verbieten, um Hass und Hetze zu unterbinden. Vorschnelle Verbotsforderungen stellen jedoch keine nachhaltige Antwort auf diese komplexe Herausforderung dar:

Denn ein Verbot von Plattformen wie zum Beispiel Telegram führt mutmaßlich nur zu einem Verdrängungseffekt. „Corona-Protestler“, „Querdenker“ und Extremisten weichen dann auf andere Plattformen aus, um ihre Hassbotschaften und ihre Mordaufrufe (etwa an Politikern) zu verbreiten. Zudem ist von einer sich beschleunigenden Radikalisierung in den zunehmend homogener werdenden Gruppen auszugehen.

Mittlerweile nutzt die „Corona-Protest“-Szene fast ausschließlich den Messenger-Dienst Telegram, um miteinander zu kommunizieren, sich untereinander zu vernetzen und die nächsten Demonstrationen zu planen. Die Sicherheitsbehörden ermitteln im Rahmen ihrer Befugnisse intensiv im Internet und natürlich auch bei Telegram. Hass und Hetze auf Messenger-Diensten können nur verhindert werden, wenn die Nutzer, die Straftaten begehen oder dazu aufrufen, auch identifiziert werden können. Dazu brauchen die Sicherheitsbehörden die Kooperation der Messenger-Dienste.

Zudem dürfen rechtliche Befugnisse der Sicherheitsbehörden der technischen Entwicklung und dem Verhalten der Nutzer nicht hinterherhinken. Die Anbieter müssen im Rahmen ihrer Mitwirkung bei den Überwachungen verpflichtet werden, die Kommunikation nicht nur auszuleiten, sondern auch zu entschlüsseln. Diese Mitwirkung muss für alle Telekommunikationsunternehmen gelten, auch wenn diese aus dem Ausland agieren oder Daten im Ausland gespeichert werden (Marktortprinzip). Das wäre ein wichtiger Schritt, die Sicherheit im digitalen Raum zu verbessern.

Neben dem Erkennen ist die Befähigung zur angemessenen Reaktion auf Verschwörungsmmythen ein wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen Präventionsarbeit. Dabei ist die Korrektur von behaupteten Fakten und die Aufdeckung logischer Brüche von Argumentationsketten nur ein, wenngleich wichtiger Bestandteil. Verschwörungsmmythen zielen immer auf den Menschen ab. Nicht zuletzt die Erkenntnis, dass persönliche Motivlagen und Aspekte der eigenen

Selbstwirksamkeitswahrnehmung die primären Wurzeln für die Annahme von Verschwörungsmythen sind, lässt einen personenzentrierten Ansatz sinnvoll erscheinen. Wertschätzung, Verbindlichkeit und Zugewandtheit sind die Schlüssel für den Einstieg in nachhaltige Gespräche mit Anhängern von Verschwörungsmythen. Dazu gehört beispielsweise die Förderung von Kompetenzen zu einer wertschätzenden Gesprächsführung aber auch die Stärkung der Resilienz im Umfeld von Betroffenen.

Diese Querschnittsaufgabe geht über die Kompetenzen der Sicherheitsbehörden hinaus. Der Verfassungsschutz bringt seine Erkenntnisse in den gesellschaftlichen Diskurs und unterstützt in Kooperationen übergreifende Ansätze. Hierzu gehören die Aufklärung der Öffentlichkeit und ausgesuchter Zielgruppen in Form von Workshops und Veranstaltungen, die Information in Berichten und die bedarfsgerechte Thematisierung im Rahmen der Präventionsangebote „Wegweiser – Gemeinsam gegen Islamismus“ und „VIR“ (Veränderungsimpulse setzen bei rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen) sowie den drei Aussteigerprogrammen (Aussteigerprogramm Rechtsextremismus – Spurwechsel, Aussteigerprogramm Islamismus – API und Aussteigerprogramm Linksextremismus – Left) des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes.

In Zusammenarbeit zwischen der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen und dem nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz wurde Ende 2020 das Videospiel „Leons Identität“ veröffentlicht. Es trägt dazu bei, für die Themen Rechtsextremismus und Radikalisierung zu sensibilisieren sowie Medienkompetenz und Demokratieverständnis zu stärken. Zu dem Spiel entwickelte das Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen pädagogisches Begleitmaterial, dieses wird Schulen und Jugendarbeit zur Verfügung gestellt. Das Angebot „Leons Identität“ ist über die zum Spiel gehörige Website (leon.nrw.de) kostenlos verfügbar.

Ein Videospiel, das über Verschwörungsmythen und deren Gefahren aufklärt, plant der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen aktuell.

4.3 Ausblick und Prognose

Aufgrund der bereits skizzierten künftigen Themen und Aktionsfelder rechnet der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz damit, dass sich die gewachsene „Corona-Protestler“-Szene immer wieder Themen suchen wird, mit denen sie die Gesellschaft beeinflussen und staatliche Institutionen delegitimieren will. Das könnten in Zukunft etwa hohe Strom- oder Spritpreise sein oder andere staatliche Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels.

Solche Krisen gepaart mit hohen Emotionen sind für die „Corona-Protestler“-Szene ein idealer Nährboden, auch für Gewalt. Deutlich lässt sich hieran zeigen, dass Verschwörungsmysmen mit einem Baukasten-Prinzip vergleichbar sind.

Verschwörungsmysmen sind grundsätzlich offen angelegt: Unter den Prämissen, dass nichts zufällig passiert, alles mit allem zusammenhängt und es immer einen Profiteur geben muss, lassen sich realweltliche Ereignisse in allen denkbaren Kombinationen miteinander verknüpfen. Diese Struktur lässt Raum, auf neue krisenhafte Ereignisse reagieren und diese in die eigenen Narrative integrieren beziehungsweise adaptieren zu können.

Hierin liegt eine besondere Herausforderung für eine auf den pluralen Diskurs gegründete Demokratie, wie sie unserer Verfassungsordnung entspricht. Um hier frühzeitig reagieren zu können ist eine geistige Auseinandersetzung erforderlich.

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz wird deshalb die Lage weiter intensiv im Blick behalten, die Szene fortlaufend und aufmerksam beobachten und die Öffentlichkeit weiter darüber aufklären.

Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für die Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme des Ministeriums des Innern Nordrhein-Westfalen zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Der Inhalt dieser Broschüre wurde auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Impressum

Herausgeber

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen

Friedrichstraße 62-80

40217 Düsseldorf

Telefon: 0211/871-01

Telefax: 0211/871-3355

poststelle@im.nrw.de

www.im.nrw/themen/verfassungsschutz

Redaktion

Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen

Telefon: 0211/871-2821

Telefax: 0211/871-2980

kontakt.verfassungsschutz@im1.nrw.de

www.im.nrw/themen/verfassungsschutz

Stand: April 2022